

Lehrplan Leistungskurs Politik

Gymnasium
Gesamtschule
Jahrgangsstufen 12+13
'95

Saarland



Ministerium für
Bildung, Kultur und Wissenschaft

Georg-Eckert-Institut BS78



1 173 155 9

Schule machen im Saarland

Lehrplan
Leistungskurs Politik

Gymnasium
Gesamtschule
Jahrgangsstufen 12+13
'95

Saarland
Ministerium für
Bildung, Kultur und Wissenschaft

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
• Schulbuchbibliothek •

95/2856

Herausgeber: Saarland
Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft
Hohenzollernstraße 60 · 66117 Saarbrücken
Postfach 10 24 52 · 66024 Saarbrücken
Telefon (06 81) 5 03-01 · Telefax (06 81) 5 03-291
Saarbrücken 1995

Herstellung: Krüger Druck + Verlag GmbH
Marktstraße 1 · 66763 Dillingen/Saar
Telefon (0 68 31) 9 75-122

ZVSL

S-26(1995)

12/13

Inhalt

| | |
|---|----|
| Vorwort | 3 |
| 12/1 Internationale Beziehungen | 10 |
| 12/2 Politische Theorien und Ideologien | 27 |
| 13/1 Aspekte des politischen und ökonomischen Systems der Bundesrepublik Deutschland | 39 |
| 13/2 Andere politische Systeme / Lektüre einer Ganzschrift | 46 |

Vorwort

Vorbemerkungen

Der Politikunterricht in der Hauptphase der Oberstufe an Gymnasien und Gesamtschulen baut auf der Arbeit der Klassenstufe 11 auf.

Der Lehrplan unterscheidet in den Halbjahren 12/1 und 12/2 zwischen einem Pflichtbereich I und einem Pflichtbereich II, 13/1 und 13/2 bestehen nur aus einem Pflichtbereich I. Im Halbjahr 13/2 ist hinreichend Zeit zur Wiederholung vor der Abiturprüfung eingeplant.

Im einzelnen sind den Halbjahren folgende Themenbereiche zugeordnet:

- 12/1 Internationale Beziehungen
- 12/2 Politische Theorien und Ideologien
- 13/1 Aspekte des politischen und ökonomischen Systems der Bundesrepublik Deutschland
- 13/2 Andere politische Systeme / Lektüre einer Ganzschrift

Nach der Behandlung der "Aspekte des politischen und ökonomischen Systems der Bundesrepublik Deutschland" wird in einer ersten Unterrichtseinheit in 13/2 ein weiteres politisches System behandelt, wobei in jeder alternativen Unterrichtseinheit ein anderer Schwerpunkt gesetzt wird. Welches politische System zu behandeln ist, wird jeweils zu Beginn von 12/1 durch das Bildungsministerium entschieden werden, damit bereits im Verlauf der ersten beiden Kurshalbjahre auf diese Unterrichtseinheit hingearbeitet werden kann.

Vorgesehen sind folgende alternativen Unterrichtseinheiten als Unterrichtseinheit I in 13/2:

- Alternative 1: Aspekte des politisch-ökonomischen Systems Frankreichs
- Alternative 2: Aspekte des politischen und ökonomischen Systems der USA
- Alternative 3: Aspekte des politischen und ökonomischen Systems Großbritanniens

Verbindliche Anteile Geschichte

In der "Vereinbarung zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II vom 7. Juli 1972 in der Fassung vom 11. April 1988" ist festgesetzt: "Durchgehend von 12/1 bis einschließlich 13/II sind zu belegen: ... Geschichte oder ein anderes gesellschaftswissenschaftliches Fach, in dem Geschichte mit festen Anteilen unterrichtet wird. Sofern ein gesellschaftswissenschaftliches Fach gewählt wird, in dem Geschichte nicht mit festen Anteilen unterrichtet wird, sind mindestens zwei Halbjahreskurse Geschichte zu belegen." Da im Saarland nur *ein* gesellschaftswissenschaftliches Fach als Grund- oder Leistungskurs belegt werden muß, bedeutet dies für die nicht-historischen gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, daß sie festgelegte historische Lernziele anstreben und festgelegte historische Lerneinhalte vermitteln müssen. Daraus folgt, daß von den zu verplanenden Unterrichtsstunden im Leistungskurs 20 %, im Grundkurs 25 % für verbindliche Anteile Geschichte vorgesehen werden müssen. Sie werden entsprechend ihrem Umfang auch in der schriftlichen und mündlichen Abiturprüfung berücksichtigt.

Unterscheidung zwischen Pflichtbereich I und Pflichtbereich II

Pflichtbereich I

Lernziele und Leminhalte des Pflichtbereichs I sind in 12/1, 12/2 verbindlich. Die didaktisch-methodischen Hinweise sind unverbindliche Empfehlungen und Erläuterungen für die Fachlehrerinnen und Fachlehrer. Sie enthalten auch Anregungen zur Vertiefung.

Pflichtbereich II

Im Halbjahr 12/1 werden im Pflichtbereich II einzelnen Unterrichtseinheiten alternative Themen zur Vertiefung zugeordnet. Je nach Neigung und Interesse der Lerngruppe ist aus den jeweils angegebenen Alternativen ein Thema verbindlich auszuwählen. Den verschiedenen Unterrichtsthemen des Pflichtbereichs II sind einige Lernziele und Leminhalte gemeinsam; diese können daher auch Gegenstand der Abiturprüfung sein.

Im Halbjahr 12/2 umfaßt der Pflichtbereich II einen geschlossenen Block von 10 Stunden. Eines der beiden alternativen Themen ist verbindlich auszuwählen. Die Halbjahre 13/1 und 13/2 enthalten keinen Pflichtbereich II.

Differenzierung zwischen Grundkurs und Leistungskurs

Grundkurs und Leistungskurs unterscheiden sich sowohl im Stundenansatz als auch im Anspruchsniveau. Der Plan für den Leistungskurs enthält über den Plan des Grundkurses hinausgehend Lernziele und Leminhalte, die ein "vertieftes wissenschaftspropädeutisches Verständnis und erweiterte Spezialkenntnisse, auch im Hinblick auf die Anwendungsmöglichkeiten der Wissenschaften" vermitteln (KMK-Vereinbarung zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II vom 7.7.1972 in der Fassung vom 11.4.1988 - GMBI. Saar vom 9.6.1989, S. 209 - 224, hier S. 214).

Für die einzelnen Kurshalbjahre sind vorgesehen:

| | | |
|---------------|------|------------|
| Grundkurs | 12/1 | 37 Stunden |
| | 12/2 | 38 Stunden |
| | 13/1 | 32 Stunden |
| | 13/2 | 30 Stunden |
| Leistungskurs | 12/1 | 48 Stunden |
| | 12/2 | 46 Stunden |
| | 13/1 | 40 Stunden |
| | 13/2 | 30 Stunden |

In 13/2 ist für Grund- und Leistungskurs die gleiche Stundenzahl vorgesehen, weil im Grundkurs die Vorbereitung auf die schriftliche Abiturprüfung entfällt.

Lektüre einer Ganzschrift

Im Kurshalbjahr 13/2 sollen alle Schülerinnen und Schüler eine Ganzschrift, die inhaltlich in einem Zusammenhang mit der Unterrichtsthematik steht, lesen und im Unterricht bearbeiten. Hierdurch sollen die Schüler/innen die Bereitschaft entwickeln, sich auch mit einem umfangreichen Text vertiefend zu beschäftigen.

Welche Ganzschrift zu behandeln ist, wird jeweils durch das Bildungsministerium mitgeteilt. Gleichzeitig werden auch die von der LFK entwickelten Lernziele hierzu angegeben. Diese sind abiturrelevant.

Kursarbeiten

Schriftliche Lernerfolgskontrollen sollen neben der Überprüfung inhaltlicher Lernziele auch die Überprüfung methodischer und instrumentaler Lernziele ermöglichen.

Die Aufgaben sollen den drei Anforderungsbereichen der Allgemeinen Prüfungsanforderungen für das Abitur im Fach Politik entsprechen.

Inhaltsbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten

Anforderungsbereich I: Wiedergabe von Sachverhalten

Anforderungsbereich II: Selbständiges Erklären und Anwenden des Gelernten und Verstandenen

Anforderungsbereich III: Problembezogenes Denken, Urteilen und Begründen

Methodenbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten

Anforderungsbereich I: Kennen von Darstellungsformen und Arbeitstechniken und methodischen Schritten bei der Bearbeitung von Aufgaben

Anforderungsbereich II: Anwenden von fach- und sachadäquaten Methoden und Arbeitstechniken

Anforderungsbereich III: Beurteilen von Methoden

Bei der Konzeption der Aufgabenstellung und bei der Festsetzung der Rohpunktzahlen ist ein Überwiegen der Aufgabenstellung im Anforderungsbereich I unzulässig.

Von den Schülerinnen und Schülern wird erwartet, daß sie die Aufgaben in sprachlich angemessener Form und unter Verwendung der Fachterminologie bearbeiten.

Form, Sprache und gedanklich-logische Strukturierung der Arbeit sollen in der Bewertung der Schülerleistung berücksichtigt werden.

Qualifikationen im Sinne der Allgemeinen Prüfungsanforderungen für das Abitur im Fach Politik

Am Ende des Politikunterrichts in der Hauptphase der gymnasialen Oberstufe sollen die Schülerinnen und Schüler über folgende Qualifikationen verfügen:

Inhaltsbezogene Qualifikationen

Fähigkeit, wissenschaftliche Erklärungsmodelle in ihrer Relativität zu begreifen

Fähigkeit, politisches Handeln an ethischen Wertordnungen und Grundwerteorientierungen zu messen

Fähigkeit, Beziehungen zwischen politischem Handeln, politischen Systemen und politischen Theorien und Ideologien nachzuweisen

Fähigkeit, in politischem Handeln Interessen und Intentionen Beteiligten zu erkennen und zu beurteilen

Fähigkeit, aktuelle Konflikte in einem allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhang zu analysieren

Fähigkeit, den eigenen Standpunkt zu erkennen, zu artikulieren und zu legitimieren

Fähigkeit, Gesellschaft in ihrer historischen Dimension zu verstehen und als durch politisches Handeln veränderbar zu begreifen

Methodenbezogene Qualifikationen

Fähigkeit, fachlich relevante Informationen zu beschaffen und auszuwerten

Fähigkeit, politische Texte zu analysieren und zu beurteilen

Fähigkeit, politische Sachverhalte und ihre Beurteilung schriftlich oder mündlich zu formulieren

Lernziele des Lehrplans

Inhaltsbezogene Lernziele

Die inhaltsbezogenen Lernziele, die sich aus den Allgemeinen Prüfungsanforderungen ergeben, sind den einzelnen Unterrichtseinheiten zugeordnet.

Methodenbezogene Lernziele

Aus den Qualifikationen der Allgemeinen Prüfungsanforderungen ergeben sich folgende methodenbezogenen Lernziele:

Kenntnis fachlich relevanter Materialien

z.B. Bericht, Kommentar, Interview, Rede, Gesetzestext, Programm, Schaubild, Diagramm, Zahlenstatistik, Karikatur, politisches Lied, Plakat, wissenschaftliche Darstellung

Kenntnis und Befähigung zur Anwendung der Beschaffung, der Sammlung und des Belegs von Informationen

z.B. Formen der Informationsquelle (Lexika, Handbücher, Filme/Videos), Fundorte für Informationsquellen (Buchhandlung, Bibliothek, Presseämter), Organisation von Bibliotheken, Anlage einer Kartei, Anlage eines Literaturverzeichnisses, korrektes Zitieren

Befähigung zur Anwendung typischer Arbeitstechniken der gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen und zur Überprüfung ihrer Aussagekraft, z.B.

- Auswerten entsprechender Materialien (gliedern, zusammenfassen, Inhalte angeben, in andere Darstellungsformen übertragen, vergleichen, deuten, Fragen formulieren)
- Angeleitetes Anwenden von Arbeitsmethoden (Interviewtechnik, Inhaltsanalyse, Beobachtung, Untersuchung)

Befähigung zur Anwendung und Überprüfung von Kategorien zur Erschließung von politischen Ausgangslagen, von Problem- und Konfliktfeldern und zur Beurteilung von Zielvorstellungen und Maßnahmen

z.B. Macht, Interesse, Recht, Herrschaft, Ideologie, Verhältnismäßigkeit, Zumutbarkeit, Umweltverträglichkeit, Sozialpflichtigkeit, Partizipation, Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden, Menschenwürde

Befähigung zur Anfertigung fachspezifischer Darstellungen

z.B. Thesenpapier, Referat, Fragebogen, Collage, Plakat, Ausstellung

Befähigung zur Verwendung verschiedener Kommunikationsformen

z.B. Vortrag, Sachgespräch, Interview, freie Rede, Streitgespräch (Diskussion, Debatte)

Befähigung zur Planung, Durchführung und Auswertung von Lernspielen

z.B. Rollenspiel, Planspiel, Pro-Contra-Debatte

Lehrbücher und Themenhefte

- A: Helbig, Ludwig u.a.. Politik im Aufriß, Sekundarstufe II. Frankfurt a.M. (Diesterweg) 1993
- B: Sutor, Bernhard (Hrsg.). Politik, Paderborn (Schöningh) 1994
- C: Engelhart, Klaus u.a. (Hrsg.). Gemeinschaftskunde - Band Sozialkunde. Paderborn (Schöningh) 1993
- D: Pechmann, Alexander von: Politische Theorien. München (Bayerischer Schulbuch-Verlag) 1989
- E: Gesellschaftstheorien. Wochenschau Heft 6/1989, Ausgabe Sekundarstufe II, Schwalbach Ts. (Wochenschau Verlag) 1989

Zu den einzelnen Unterrichtseinheiten werden Themenhefte und Unterrichtsmaterialien genannt.

Kooperationshinweise

Kooperationsmöglichkeiten Politik und Geschichte

- Politik: Frieden und Sicherheit (12/1)
- Geschichte: Die Integration der beiden deutschen Staaten in die Machtblöcke. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten (13/2)

Politik: Liberalismus (12/2)

- Geschichte: Entstehung, Ziele und Träger liberaler und nationaler Bewegung (12/1)

Politik: Demokratischer Sozialismus (12/2)

- Geschichte: Analyse der bürgerlichen Klassengesellschaft durch Karl Marx (12/1)

Politik: Aspekte des politischen und ökonomischen Systems der USA (13/2)

- Geschichte: Die Vereinigten Staaten von Amerika (12/2)

Politik: Marxismus - Leninismus (12/2)

- Geschichte: Lenins revolutionäre Theorie und Strategie (12/2)

Kooperationsmöglichkeiten Politik und Erdkunde

- Politik: Ökonomische Probleme (13/1)
- Erdkunde: Merkmale des marktwirtschaftlichen Modells (12/1)

Politik: Reichtum und Armut in der Welt (12/1)

- Erdkunde: Die Beziehungen zwischen Industriestaaten und Staaten der Dritten Welt (12/2)

Politik: Integration und Kooperation in Europa (12/1)

- Erdkunde: Der Gedanke der europäischen Integration (13/2)

Kooperationsmöglichkeiten Politik und Religion

Politik: Grundwerte und Grundrechte (13/1)

ev. Religion: Normen: Wandel und Krise (12/1)

Politik: Demokratischer Sozialismus (12/2), Ökonomische Probleme (13/1)

kath.Religion: Kirche-Staat-Gesellschaft in der BRD (12/2)

Kooperationsmöglichkeiten Politik und Englisch

Politik: Aspekte des politischen und ökonomischen Systems der USA (13/2)

Englisch: Politics: USA (12/2)

Politik: Reichtum und Armut in der Welt (12/1)

Englisch: Social Problems (12/1)

Kooperationsmöglichkeiten Politik und Französisch

Politik: Aspekte des politisch-ökonomischen Systems Frankreichs (13/2)

Französisch: Einblick in Aspekte und Probleme der Gesellschaftsstruktur
Frankreichs (12/2)

12/1 Internationale Beziehungen

Richtziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- ◆ Einblicke gewinnen in ausgewählte Problemfelder der internationalen Beziehungen,
- ◆ einen Überblick erhalten über friedensfördernde und friedenshemmende Handlungsmuster in den internationalen Beziehungen,
- ◆ die internationalen Beziehungen unter wertenden Gesichtspunkten betrachten können,
- ◆ einen Einblick erhalten in die Struktur des internationalen Systems,
- ◆ einen Überblick erhalten über Akteure, Beziehungsmuster und Instrumente des internationalen Systems.

Unterrichtseinheit I: Frieden und Sicherheit

Problemziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- erkennen, daß "Friede" und "Sicherheit" Grundbedürfnisse von Menschen sind,
- internationale Beziehungen und Konflikte unter Kategorien politischen und ethischen Denkens beurteilen können, "Friede", "Gerechtigkeit" und "Menschenrechte" als Zielkategorien politischen Handelns erkennen und ihre Realisierung beurteilen können,
- den Wandel von Sicherheitsvorstellungen und ihrer Realisierungsmöglichkeiten erkennen und beurteilen können,
- Zusammenhänge zwischen innergesellschaftlichen Strukturen und außenpolitischem Handeln beurteilen können.

Pflichtbereich I

Zeitvorschlag: 12 Stunden

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. die verschiedenen Inhalte der Begriffe "Frieden" und "Sicherheit" aus Texten staatlicher Instanzen und zwischenstaatlicher Institutionen erarbeiten und systematisieren können,
2. erkennen, daß nach dem 2. Weltkrieg das Streben nach Frieden und Sicherheit zur Bildung von Blöcken führte, die nach innen integrierend und nach außen polarisierend wirkten (verbindlicher Anteil Geschichte),
3. Veränderungen im Einflußbereich der Sowjetunion beschreiben und Auswirkungen auf das Ost-West-Verhältnis darlegen und bewerten können,
4. an Beispielen neue Gefahren für den Weltfrieden erkennen,
5. Möglichkeiten und Perspektiven der UNO und einer europäischen Vereinbarung zur Friedenssicherung darlegen und beurteilen können.

Lerninhalte

zu 1:

"Friede" als Kategorie politischen Handelns

Unterschiede im Verständnis der Begriffe "Frieden" und "Sicherheit" in verschiedenen Texten:

z.B. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, UN-Charta, Texte zwischenstaatlicher Verträge

inhaltliche Aspekte der Friedensbegriffe:

z.B. Friede als Zustand, Friede als Handlungsmaxime, Friede als Sicherheit vor Aggressionen, Friede als Chance individueller und gesellschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten, Friede als Politik zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit, Friede als Garantie der Menschenrechte

Systematisierung der Friedensbegriffe:

negativer Friede, positiver Friede (erweiterter Friedensbegriff)

inhaltliche Aspekte der Sicherheitsbegriffe:

z.B. Sicherheit als Schutz vor Gefahr und Bedrohung, Erhaltung des status quo, Erhaltung der politischen Handlungsfähigkeit des eigenen Staates durch Androhung militärischer Gewalt

zu 2:

Selbstverständnis der Vertragssysteme NATO und

Warschauer-Vertrags-Organisation entsprechend den Vertragstexten

NATO: Schutz der staatlichen Freiheit, Grundsätze der Demokratie, Schutz der individuellen Freiheit, Herrschaft des Rechts, Förderung der inneren Festigkeit und des Wohlergehens im nordatlantischen Gebiet; *Warschauer-Vertrags-Organisation:* Streben nach einem System kollektiver Sicherheit in Europa nach den Pariser Verträgen, Schutz der nationalen Sicherheit und Unabhängigkeit;

Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnissystem, insbesondere in die NATO; Einbindung der Deutschen Demokratischen Republik in das östliche Bündnissystem, insbesondere in die Warschauer-Vertrags-Organisation

Militärdoktrinen von NATO und Warschauer-Vertrags-Organisation beruhen auf dem Konzept der "Abschreckung" und der "Politik der Stärke". Polarisierung zwischen den Blöcken wirkt verstärkend auf die Beziehungen innerhalb der Blöcke (z.B. Zusammenarbeit im Bereich der Außenpolitik, der Wirtschaftspolitik, der nicht-gouvernementalen Beziehungen, der Rüstungspolitik); Auswirkungen der Polarisierung: z.B. Entstehung und Förderung von Feindbildern, Verhinderung von Kontakten, Abgrenzungspolitik (verbindlicher Anteil Geschichte)

zu 3:

Veränderungen: Formulierung der neuen gesellschaftlichen Leitideen "Glasnost" und "Perestroika" in der Sowjetunion, Auflösung der Warschauer-Vertrags-Organisation, Entstehung neuer Staaten im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion

Auswirkungen: Herstellung der deutschen Einheit, Kooperationsbereitschaft in weltweiter Dimension (Friedenssicherung), Veränderung des Selbstverständnisses der NATO

zu 4:

Gefahren in Europa und in der Welt für den Frieden: z.B neue nationalistische Bewegungen, neuer Fundamentalismus am Beispiel des Islam; Wanderungsbewegungen aufgrund von politischen oder ökonomischen Unterschieden zwischen Staaten (Fluchtbewegungen aufgrund von Nationalitätenproblemen oder Armutbedingungen); Wanderungsbewegungen und Integrationsprobleme in verschiedenen Staaten; veränderte Verfügungsgewalt über Waffenpotentiale der ehemaligen Sowjetunion

zu 5:

friedenssichernde Möglichkeiten der Vereinten Nationen, Beispiele für europäische Vereinbarungen zur Friedenssicherung: KSZE, EU, deutsch-französischer Vertrag (Elysée-Vertrag), Ostverträge

Didaktisch-methodische Hinweise

Lernziel 2 und Lernziel 3: Um die beiden Lernziele zu erreichen, sind zwei unterschiedliche methodische Ansätze möglich:

1. Die Entwicklung des Ost-West-Konflikts wird als bekannt vorausgesetzt vgl. Lehrpläne Geschichte / Gymnasium Kl. 10 und Gesellschaftswissenschaften / Gesamtschule Kl. 9).
2. Der Intention des Lehrplans entspricht jedoch eher, zunächst die aktuelle Situation zu erarbeiten und dann in einer Art Rückblick den historischen Aspekt der Frühzeit des Ost-West-Gegensatzes zu behandeln. Der Schwerpunkt sollte auf den Lernzielen bzw. Lerninhalten 3 und 5 liegen.

Pflichtbereich II

Zeitvorschlag: 4 Stunden

Thema 1: Rüstungsexport und Gefahren für den Frieden

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. den deutschen Anteil am internationalen Handel mit Rüstungsgütern quantitativ und qualitativ beschreiben können,
2. staatliche und nicht-staatliche Interessen am Handel mit Rüstungsgütern beschreiben und beurteilen können,
3. vor dem Hintergrund der verschiedenen Friedensbegriffe Rechtfertigungen für den Rüstungsexport diskutieren können,
4. Gefahren für regionalen und weltweiten Frieden durch Rüstungshandel erkennen und bewerten können.

Lerninhalte

zu 1:

Statistiken über Waffenhandel und Handel mit Rüstungsgütern
Unterscheidung von Waffen- und Rüstungsbeschaffungen bzw. -verkäufen in qualitativer und quantitativer Hinsicht

zu 2:

z.B. Aufrüstung als Garantie der nationalen Sicherheit und Unabhängigkeit,
Aufrüstung als Weg zur Realisierung machtpolitischer oder wirtschaftlicher Ziele,
Verkauf von ausgemusterten Rüstungsgütern, Auflösung der NVA,
Arbeitsplatzsicherung, Gewinnstreben, Bündniszugehörigkeit

zu 3:

Friedensbegriffe (negativer Friedensbegriff, positiver Friedensbegriff)

Einflüsse auf politisches Handeln: z.B.

Aufrüstung: z.B. Aktions-Reaktionstheorem, militärisch-industrieller Komplex,
Technologie-Theorem als Erklärungsmodell der Rüstungspolitik

Abrüstung: z.B. Haushaltspolitik und Wehrgesetzgebung des Staates, Forderung nach Abbau von Feindbildern

zu 4:

wachsende Bereitschaft zum Einsatz von Gewalt und Waffen zur Erreichung politischer Ziele z.B. in Spannungsgebieten unter möglicher Einbeziehung weltweiter Bündnispartner und aufgrund von unkontrolliertem Waffenhandel

Thema 2: Abrüstung und Frieden

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. den Anteil der Rüstungsausgaben am Gesamthaushalt eines Industrielandes und eines Entwicklungslandes beschreiben können,
2. Interessen und politische Ziele im Bereich "Aufrüstung" und "Abrüstung" beschreiben und beurteilen können,
3. die den Abrüstungsdiskussionen zugrundeliegenden Friedensbegriffe erarbeiten und ihren Einfluß auf politisches Handeln von Staat und Gesellschaft beurteilen können,
4. darlegen können, inwieweit ein Abrüstungsvertrag zum Frieden beitragen kann.

Lerninhalte

zu 1:

Statistiken über den Gesamthaushalt und den Verteidigungshaushalt eines Industrielandes und eines Entwicklungslandes

zu 2:

Interessen und politische Ziele, die mit dem Thema "Aufrüstung" verbunden sind:

z.B.

Rüstung als Beitrag zur Sicherheit und Unabhängigkeit eines Staates

Aufrüstung im Dienst einer aggressiven Außenpolitik und zur Unterdrückung einer innerstaatlichen Opposition

Sicherung von Arbeitsplätzen

Interessen und politische Ziele, die mit dem Thema "Abrüstung" verbunden sind:

z.B.

Abrüstung zur Vermeidung der Ressourcenvergeudung

Abrüstung zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Staaten

Abbau von Feindbildern

zu 3:

Friedensbegriffe (negativer Friedensbegriff, erweiterter Friedensbegriff, positiver Friedensbegriff)

Einflüsse auf politisches Handeln von Staat und Gesellschaft: z.B.

Haushaltspolitik des Staates, Wehrpolitik des Staates

Sicherheitskonzepte und Abrüstungsforderung (Sicherheit durch Abrüstung, Entspannung und Kooperation, Konzept der strukturellen Angriffsunfähigkeit)

zu 4:

Analyse eines Abrüstungsvertrages und Folgewirkungen

Hinweis

Beiden Themen sind methodische und inhaltliche Lernziele gemeinsam: Fähigkeit zur Auswertung von Statistiken im Bereich der Militärkosten, die Anwendung der verschiedenen Friedensbegriffe.

Diese Ziele sind wegen ihrer Bedeutung für das schriftliche Abitur in jedem Fall herauszuarbeiten (vgl. Vorwort).

Literatur

- Czempel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch. München 2/1993 (Beck)
- Lutz, Dieter S.: Deutschland und die Kollektive Sicherheit. Opladen 1993 (Leske)
- Jäger, Uli: Frieden für Europa? Tübingen 1994 (Verein für Friedenspädagogik)
- Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen 5/1994
- Unser, Günther: Die UNO. Aufgaben und Strukturen der Vereinten Nationen. München 5/1994
- Oswald, Ingrid: Nationalitätenkonflikte im östlichen Teil Europas, 1993 (Politik kurz und aktuell Nr. 49, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin)
- 20 Jahre KSZE 1973 - 1993. Eine Dokumentation, hrsg. vom Auswärtigen Amt, 2/1993
- Koppe, Karlheinz: Lehrmeister Frieden. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Juni 1992, S. 709 - 719
- Grupp, Claus D.: Freiheit und Frieden. Auf dem Weg zu einer Friedensordnung in Europa. Köln 4/1993
- Maier, Gerhart: Sicherheitspolitik (Reihe "kontrovers"), hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1993

Unterrichtseinheit II: Integration und Kooperation in Europa

Großlernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- den gegenwärtigen Entwicklungsstand, wesentliche Etappen und geplante Entwicklungen der europäischen Integration kennen,
- Erfolge und Probleme des Integrationsprozesses beurteilen können,
- Argumente erörtern können, die für oder gegen einen europäischen Bundesstaat sprechen,
- Entwicklungskonzepte der Europäischen Union für Europa beurteilen können.

Pflichtbereich I

Zeitvorschlag: 12 Stunden

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. an Beispielen nachweisen können, daß in der EU politische Entscheidungen getroffen werden, die unser Leben beeinflussen,
2. den aktuellen Stand des Integrationsprozesses beschreiben und beurteilen können,
3. durch den Vergleich zwischen den in der Präambel des EWG-Vertrages genannten Zielen und dem aktuellen Entwicklungsstand Erfolge und Defizite herausarbeiten können (verbindlicher Anteil Geschichte),
4. Argumente kennen, vergleichen und beurteilen können, die den Standpunkt der Anhänger des Föderalismus und die Position der Anhänger des Funktionalismus kennzeichnen,
5. Vorstellungen und Pläne verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zur zukünftigen Rolle der Europäischen Union in Europa kennen und beurteilen können.

Lerninhalte

zu 1:

politische Entscheidungen der EU:

- über Produktions-, Arbeits- und Handelsbedingungen
- über Verkehrs-, Infrastruktur-, Umwelt- und Bildungspolitik
- in Integrationsbereichen (Agrarmarkt, Binnenmarkt, Handel mit Drittländern)

zu 2:

EU nach Einführung des Binnenmarktes:

- wirtschaftliche Grunddaten der Mitgliedsländer
- Entscheidungsinstanzen und -prozesse in der EU
- wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des Binnenmarktes (z.B. Marktveränderungen, Produktionsverlagerungen aufgrund unterschiedlicher Rechtsbestimmungen oder Produktionskosten, Veränderungen im Dienstleistungsbereich)

EU nach Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages:

- Rolle der Mitgliedstaaten in der Politischen Union nach den Bestimmungen des Maastrichter Vertrages (Wahrung des Subsidiaritätsprinzips oder Konzentration der Entscheidungskompetenzen)
- weiterhin Demokratiedefizit des Entscheidungsprozesses
- Diskrepanz zwischen wirtschaftspolitischer Bedeutung und außenpolitischer Handlungskompetenz der EU (z.B. im Bereich der Friedenssicherung)

zu 3:

Ziele der EWG gemäß Präambel des EWG-Vertrages :

- Friedenssicherung durch engen Zusammenschluß der westeuropäischen Völker
- Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen
- harmonische Entwicklung der Volkswirtschaften
- Beseitigung der Beschränkungen im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr (verbindlicher Anteil Geschichte)

Vergleich der Ziele mit der Realität (vgl. Lerninhalt 2)

zu 4:

Argumente der Föderalisten (Konstitutionelle Integration, Ziel: Bundesstaat):

- ein europäischer Bundesstaat als Garant der Sicherheit und Unabhängigkeit gegenüber anderen Staaten
- effektive Steuerungs- und Problemlösungskapazität im europäischen Gesamtstaat
- hinreichende Berücksichtigung nationaler Interessen und kultureller Vielfalt in einem europäischen Bundesstaat

Argumente der Funktionalisten (Gouvernementalismus, Ziel: Ausbau des Staatenbundes):

- fallweise gemeinsame Regelung aktueller Probleme durch Ausbau der intergouvernementalen Kooperation
- bessere Regelungsmöglichkeit offener Fragen in einem Staatenbund (z.B. das Zusammenleben von West- und Osteuropäern)

Argumente bezüglich der Gefahren bei einer föderalistischen Lösung (funktionale Integration, Ziel: Ausbau des europäischen Staatenbundes):

- Verlust nationaler Identität und staatlicher Souveränität
- Konzentration supranationaler Macht in einem europäischen Superstaat mit neuer Vormachtstellung in Brüssel
- Entstehen einer ökonomisch-politischen Dominanz durch einen Staat oder eine kleine Gruppe von Staaten

zu 5:

Beispiele gesellschaftlicher Gruppen, die sich zur zukünftigen Rolle der EU äußern:

- Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsvereinigungen
- politische Institutionen, z.B. Parlamente und ihre Fraktionen, Repräsentanten der politischen Systeme

Rolle der EU in Europa:

- Einbindung weiterer Staaten in den europäischen Einigungsprozeß
- zukünftige Politik des Ausgleichs regionaler Disparitäten (wirtschaftlicher Ausgleich)

Didaktisch-methodische Hinweise

Stationen und Instanzen des westeuropäischen Einigungsprozesses sind im Geschichtsunterricht der Sekundarstufe I und im Politikunterricht der Klassenstufe 11 behandelt worden.

Daher liegt der Schwerpunkt der vorliegenden Unterrichtseinheit II auf Lernziel 2 und Lernziel 5, in denen die Schülerinnen und Schüler die Fähigkeit zur Analyse des gegenwärtigen Zustands und zur Diskussion möglicher Zukunftsperspektiven erwerben sollen. Dabei sind gesamteuropäische Perspektiven zu berücksichtigen.

Pflichtbereich II

Zeitvorschlag: 4 Stunden

Thema 1: Regionale Strukturpolitik der Europäischen Union

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. regionale Disparitäten der sozioökonomischen Infrastruktur in den EU-Staaten und Maßnahmen zum Ausgleich kennen,
2. unter Berücksichtigung verschiedener Interessen die Möglichkeiten der regionalen Strukturpolitik in der EU beurteilen können.

Lerninhalte

zu 1:

Vergleich wichtiger Strukturdaten der EU-Länder:

z.B. Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen, Anteil der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosenquoten, räumliche Ballungen, Bruttosozialeinkommen und Volkseinkommen je Einwohner

Beispiele für strukturpolitische Maßnahmen:

Regional-, Sozial und Agrarfonds gemäß Artikel 123 ff. und 130a ff. des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (in der neuesten Fassung): z.B. Förderung der Investitionen in strukturschwachen Regionen, Umschulung von Arbeitnehmern, Umzugsbeihilfen, Qualifikation von Jugendlichen und Frauen, Rehabilitation von Behinderten

zu 2:

Interessen:

- Interesse der Unternehmen an freien Investitionsentscheidungen vs. Interesse des Staates an staatlicher Investitionslenkung und Sozialplanung
- Interessenkonflikt zwischen wohlhabenden und ärmeren EU-Staaten bei der Umverteilung von Einkommen durch verbesserten "Finanzausgleich" in der EU
- Subventionskonkurrenz der Regionen bei Neuansiedlungen

Thema 2 : Umweltschutzpolitik

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. an einem Beispiel die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes begründen und Ansätze der EU zum Umweltschutz kennen,
2. ökologische und ökonomische Interessen einzelner EU-Länder gegenüberstellen und beurteilen können.

Lerninhalte

zu 1:

Beispiele für grenzüberschreitende Umweltprobleme:

Rheinverschmutzung, Belastungen der Nordsee, Verunreinigung des Trinkwassers
Grundsätze der Umweltpolitik der EU laut Vertrag

zu 2:

unterschiedliche Interessen am Umweltschutz in den verschiedenen Ländern:

- Interessen der Produzenten an wirtschaftlichem Wachstum und an Gewinn
- Interessen der Arbeitnehmer an sicheren Arbeitsplätzen und steigendem Einkommen
- Interessen der betroffenen Menschen am Erhalt der natürlichen Umwelt, an der Verwirklichung des Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit
- Interesse an qualitativem Wachstum

Thema 3: Agrarmarkt

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. die Funktion des Agrarmarktes, seine Bedeutung und Probleme erklären können,
2. Interessenkonflikte aufzeigen und Lösungsansätze diskutieren können.

Lerninhalte

zu 1:

- *Ziele* der gemeinsamen Agrarpolitik (gemäß Artikel 38 ff. EWG-Vertrag)
- System der garantierten Preise und Abschöpfungen
- *Folgen* der bisherigen EU-Agrarpolitik: hoher Selbstversorgungsgrad, Überschußproduktion, hohe Kosten der Agrarpolitik, zunehmende Einkommensdisparitäten zwischen armen und reichen Bauern, Umweltprobleme wegen Überdüngung

zu 2:

Interessenkonflikte:

- Interesse der Länder mit relativ hohem Anteil der landwirtschaftlichen Produktion am Bruttoinlandsprodukt vs. Interessen der Länder mit relativ geringem Gewicht der Landwirtschaft
- Interesse der Verbraucher an sinkenden Preisen und qualitativ hochwertigen Produkten vs. Interesse der Bauern an Subventionen und steigender Produktion
- Interessen der chemischen Industrie

Lösungsansätze:

- Produktionsbeschränkungen und Abbau der Garantiepreise
- direkte Einkommenshilfen für benachteiligte Bauern
- Unterstützung der ökologischen Landwirtschaft und Viehhaltung
- Durchsetzung marktwirtschaftlicher Steuerungsinstrumente

Hinweis

Alle drei Themen enthalten folgende gemeinsame Elemente: Problem, Interesse, Tatbestände, Lösungsansätze.

Gemeinsame methodische Lernziele sind die Auswertung von Statistiken und Vertragstexten.

Literatur

- Die Gemeinschaft 1992. Hrsg. von den Europäischen Gemeinschaften (zu beziehen durch: Europäische Gemeinschaften - Information - Zitellmannstr. 22, 53113 Bonn)
- EG-Strukturpolitik. Hrsg. von den Europäischen Gemeinschaften (zu beziehen durch: Europäische Gemeinschaften - Information - Zitellmannstr. 22, 53113 Bonn)
- Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg (Hrsg.): EG-Perspektiven (Reihe Politik und Unterricht 3 / 1993), Villingen-Schwenningen, 1993
- EUROPA 2000. Omnia-Verlag 1993
- Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A-Z. Europa Union Verlag, Bonn 1993
- Europäische Gemeinschaft, Europäische Union. Die Vertragstexte von Maastricht. Europa Union Verlag, Bonn 1992

Unterrichtseinheit III: Reichtum und Armut in der Welt

Großlernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- erkennen, daß es auf der Welt eine Kluft zwischen armen und reichen Ländern oder Regionen gibt,
- Probleme, die sich aus dem Spannungsfeld zwischen Armut und Reichtum ergeben, erkennen und ihre Bedeutung und Konsequenzen für das Leben der Menschen beurteilen können.

Pflichtbereich I

Zeitvorschlag: 12 Stunden

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. die wirtschaftliche Bedeutung einzelner Regionen der Welt aus ihren Wirtschaftsdaten ableiten und internationale Handelsströme kennenlernen,
2. weltwirtschaftliche Interessen der einzelnen Regionen aufzeigen und daraus resultierende Konflikte diskutieren können,
3. den unterschiedlichen Entwicklungsstand einzelner Länder (ein Industrieland, ein ehemaliges Ostblockland, ein Schwellenland der asiatisch-pazifischen Region, ein Entwicklungsland) darstellen und am Beispiel eines Entwicklungslandes Entwicklungsbedingungen erläutern können,
4. den Gegensatz zwischen arm und reich als Bedrohung für die Menschheit erkennen und Ansätze zum Abbau dieses Gegensatzes entwickeln und diskutieren können.

Lerninhalte

zu 1:

- z.B. Pro-Kopf-Einkommen, Anteile am Welt-Bruttosozialprodukt (z.B. EU, asiatisch-pazifische Region, USA, NAFTA, ehemalige Staatshandelsländer Mittel- und Osteuropas, "übrige Welt")
- Handelsströme: z.B. EU - (Nord-)Amerika, EU - asiatisch-pazifische Region, EU - "übrige Welt", (Nord-)Amerika - asiatisch-pazifische Region, (Nord-)Amerika - "übrige Welt", asiatisch-pazifische Region - "übrige Welt"

zu 2:

Interessen:

- z.B. Erhaltung vorhandener und Erschließung neuer Absatzmärkte
- Abbau von Benachteiligungen im Welthandel (z.B. GATT)
- Stärkung der Wirtschaftskraft durch zunehmende Integration (z.B. EU, NAFTA)

Beispiele für Konflikte, die diskutiert werden können:

- Tendenzen zum Protektionismus (z.B. EU - USA, EU - Japan, Industrieländer - Entwicklungsländer)
- Wohlstand der Industrieländer auf Kosten der globalen Umwelt
- Konzentrationsprozesse

zu 3:

wichtige Maßstäbe für die Darstellung des Entwicklungsstandes:

Geburtenrate, Lebenserwartung, Alphabetisierung, Bruttonationalprodukt, Einbindung in den Welthandel, Pro-Kopf-Einkommen, Rohstoffvorkommen, Industrialisierung, Energieverbrauch, Beschäftigungsstruktur

Hemmnisse für Entwicklungsbedingungen:

Bevölkerungsexplosion, Unterernährung, Kapitalmangel, Auslandsverschuldung, wirtschaftliche Abhängigkeit durch internationale Arbeitsteilung, heterogene gesellschaftliche Strukturen (z.B. ungleiche Besitzverhältnisse, Einkommensverteilung, Bildungschancen), Stadt-Land-Gefälle

zu 4:

Bedrohung für die Menschheit:

- Bedrohung des Weltfriedens, Kriege (z.B. wegen ungleicher Lebensbedingungen)
- ökologische Probleme (z.B. Abholzung der Regenwälder, Mülltourismus)
- Migrationsdruck (z.B. Süden - Norden, Süden - Süden, Ost - West, Land - Stadt),

Ansätze zum Abbau von Unterentwicklung und ihre Begründung:

- Modernisierungsstrategien
- Grundbedürfnisstrategien
- Entschuldung der Entwicklungsländer

Perspektiven künftiger Entwicklungspolitik:

- weltweite angepaßte Entwicklung (z.B. Wirtschaften unter verstärkter Einbeziehung ökologischer Gesichtspunkte, Orientierung an qualitativem statt nur quantitativem Wachstum)
- Ergebnisse des "Erdgipfels von Rio"

Didaktisch-methodische Hinweise

Es ist im Rahmen dieser Unterrichtseinheit wichtig, nicht nur die "reichen" Industrieländer Westeuropas und Nordamerikas zu betrachten, sondern den Blick auch auf die aufstrebenden Länder der asiatisch-pazifischen Region zu richten, die eine enorme wirtschaftliche Dynamik entfalten.

Tabellen und Gegenüberstellungen (z.B. in den Lernzielen 1 und 3) können vorteilhaft in arbeitsteiligem Gruppenunterricht erarbeitet werden.

Bei der Entwicklung von Ansätzen zum Abbau des Gegensatzes zwischen arm und reich können darüberhinaus unterschiedliche Verantwortungsebenen angesprochen werden: international (z.B. UN), national (z.B. Regierungen), intermediär (z.B. Schule), persönlich.

Schülerinnen und Schüler sollten Gelegenheit haben, Konsequenzen für ihr eigenes Tun zu diskutieren.

Pflichtbereich II

Zeitvorschlag: 4 Stunden

Thema 1: Entwicklungspolitik der Europäischen Union

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. erkennen, daß die EU besondere Interessen an stabilen Außenhandelsbeziehungen zu den AKP-Staaten hat,
2. die wesentlichen Vertragsinhalte der Abkommen von Lomé kennen und erklären können,
3. die Auswirkungen der Entwicklungspolitik der EU beurteilen können.

Lerninhalte

zu 1:

besondere Interessen:

- historisch gewachsene Beziehungen von Frankreich und Großbritannien zu ehemaligen Überseegebieten
- Rohstoffabhängigkeit

zu 2:

Vertragsinhalte:

- Öffnung des EU-Marktes für Produkte aus den AKP-Staaten
- Stabilisierung der Exporterlöse (STABEX)
- finanzielle und technische Zusammenarbeit durch Kredite und Zuschüsse für Maßnahmen der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur in den AKP-Staaten

zu 3:

am Beispiel ausgewählter AKP-Staaten:

Erfolge/Mißerfolge bei der Entwicklung, z.B. bei der Nahrungsmittelversorgung, beim Pro-Kopf-Einkommen, beim Export

Thema 2: Entwicklungspolitik der Vereinten Nationen

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. erkennen, daß die UNO in der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung aller Staaten und im Abbau von Entwicklungsunterschieden zwischen den Staaten einen Beitrag zur Friedenssicherung sieht,

2. Beispiele für Leistungen internationaler Organisationen kennen, die unter dem Dach der UNO mit dem Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer tätig sind,
3. die Frage diskutieren können, ob und in welchem Maße das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) geeignet ist, einen Beitrag zur Entschärfung des Gegensatzes zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zu leisten.

Lerninhalte

zu 1:

Aufgaben der UNO in bezug auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach Art. 1, Abs. 3, Art. 13 und Art. 55 der UN-Charta

zu 2:

- UNCTAD
 - Förderung des internationalen Handels
 - Formulierung von Grundsätzen für den internationalen Handel und die wirtschaftliche Entwicklung (Anregungen für Entscheidungen in anderen Gremien)
 - Koordinierung von Handels- und Entwicklungspolitik
 - Forum für die Entwicklungsländer zur Interessenartikulation
- GATT
 - Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern durch Abbau von Handelshemmnissen
- Weltbank
 - Gewährung zinsloser Kredite
 - wirtschaftliche und politische Auflagen
- UNICEF (Kinderhilfswerk), UNIDO (Organisation für industrielle Entwicklung), WFP (Welternährungsprogramm), UNDP (Entwicklungsprogramm), Entsendung von Beratern, Ausbildern, Projektleitern, Bereitstellung von technischer Hilfe, Gewährung von Stipendien

zu 3:

Gesichtspunkte, die bei der Diskussion berücksichtigt werden können:

- Liberalisierung des Agrarhandels
- Zollsenkungen für Industrieprodukte
- Abbau von Kontingentierungen im Textilbereich
- Zusammenhang zwischen der Öffnung der Märkte für die Erzeugnisse der Entwicklungsländer und deren Verschuldungsproblemen

Hinweis

Beiden Themen sind inhaltliche und methodische Lernziele gemeinsam: Zugang der Entwicklungsländer zu internationalen Märkten, Abbau von Ungleichheit zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern, Versuche, über Außenhandelspolitik Entwicklungspolitik zu betreiben.

Im Planspiel "Lomé IV" (in: Politische Gemeinschaft Europa, hrsg. vom Institut für europäische Politik, Bonn 1989, zu beziehen durch die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn) können die unterschiedlichen Interessen der Industrieländer und der Entwicklungsländer herausgearbeitet werden.

Literatur

- von Weizsäcker, Ernst U.: Erdpolitik. 3. Aufl., Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1992
- Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1989
- King, Alexander / Schneider, Bertrand: Die Globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome. SPIEGEL SPEZIAL Nr.2 / 1991
- Frühauf, Wolfgang / Giesinger, Thomas: Europa ohne Grenzen, Alarm für die Umwelt. SPIEGEL SPEZIAL Nr. 1 / 1992
- Entwicklungsländer. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991 (=Informationen zur politischen Bildung Nr. 221)
- Entwicklungspolitik. WOCHENSCHAU Nr. 6, Sek. II, Wochenschau Verlag Schwalbach/Ts. 1990
- Eine Welt für alle. WOCHENSCHAU Nr. 4/5, Sek I, Wochenschau Verlag Schwalbach/Ts. 1992
- Grupp, Claus D.: Dritte Welt im Wandel. 2.aktualisierte Auflage, OMNIA Verlag, Stuttgart 1989
- Engelhard, Karl: Dritte Welt und Entwicklungspolitik im Wandel. OMNIA Verlag, Stuttgart 1988 (=Lehrerband zur Schülerbroschüre "Dritte Welt im Wandel")
- Stein, Mathias: Die drei Wirtschaftsriesen: EG - USA - Japan; in: Praxis Geographie, H.9, Sept. 1991, S.40 ff.
- Uhlig, Harald: Südostasien vor dem Jahr 2000. Die industrielle und agrarische Entwicklung der ASEAN-Länder; in: Geographische Rundschau, H.1, Jan. 1992, S.10 ff.
- Kadel, Gerhart: Die Verlagerung der Handelsströme vom Atlantischen zum Pazifischen Ozean; in: Geographische Rundschau, H.2, Febr. 1991, S. 116 ff.
- Bevölkerungsprobleme; Praxis Geographie, H.12, Dez. 1991
- Braun, Gerald: Nord-Süd-Konflikt und Dritte Welt. 3., akt. Aufl., Schöningh Verlag, Paderborn 1991
- Raisch, Herbert (Tübingen) in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt (Wiesbaden): Metzler Aktuell, Arbeitsblätter für Geographie und Wirtschaft, Zeitgeschichte und Politik. Metzler Schulbuchverlag
- Globale Probleme. WOCHENSCHAU Nr. 3/4, Sek. I, Wochenschau Verlag Schwalbach/Ts. 1993

12/2 Politische Theorien und Ideologien

Richtziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- ◆ politische Theorien und Ideologien kennenlernen, die den Kernbestand des politisch-gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik Deutschland erklären, stützen und weiterentwickeln,
- ◆ politische Theorien und Ideologien kennenlernen, die das politisch-gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- ◆ politische Theorien und Ideologien als Antriebskräfte politischen Denkens und Handelns kennenlernen,
- ◆ politische Planungen und Entscheidungen auf ihren ideologischen Hintergrund befragen lernen,
- ◆ Schwierigkeiten im Umgang mit den Begriffen "Theorie" und "Ideologie" verstehen lernen.

Pflichtbereich I

Unterrichtseinheit I: Liberalismus

Zeitvorschlag : 10 Stunden

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. die liberalen Grundwerte "Freiheit", "Gleichheit" und "Recht auf Eigentum" aus Texten von drei exemplarischen Vertretern des klassischen Liberalismus kennen (verbindlicher Anteil Geschichte),
2. auf der Grundlage dieser Texte die philosophischen und sozioökonomischen Entstehungsbedingungen liberaler Postulate erarbeiten und ihre emanzipatorische Bedeutung für das Bürgertum erkennen (verbindlicher Anteil Geschichte),
3. an Beispielen aufzeigen, wie liberale Postulate schrittweise durchgesetzt wurden (verbindlicher Anteil Geschichte),
4. an aktuellen gesellschaftlichen Fragen die Realisierung liberaler Postulate überprüfen können.

Lerninhalte

zu 1:

Grundwerte in Texten liberaler Klassiker:

- "Freiheit" als Freiheit des Individuums
- "Gleichheit" als Rechtsgleichheit
- "Eigentum" als Privateigentum (als Ergebnis individueller Leistung und Grundlage der ökonomischen Freiheit)

zu 2:

liberale Postulate (Beispiele):

- Befreiung der Einzelpersonlichkeit von Bevormundung
- Sicherung der persönlichen Freiheit (Garantie der Menschenrechte)
- Begrenzung staatlicher Macht
- Volkssouveränität

philosophische Entstehungsbedingungen:

Rationalismus und Aufklärung begründen positives, vernunftbetontes Menschenbild und Fortschrittsglauben

sozioökonomische Entstehungsbedingungen:

Aufstieg des Bürgertums unter den Bedingungen des Merkantilismus

emanzipatorische Bedeutung:

- Befreiung von absolutistischer Herrschaft führt zu politischer Mitbestimmung
- Befreiung von merkantilistischen Zwängen
- Befreiung von Ständezwängen

zu 3:

schrittweise Verwirklichung der Forderung nach Volksouveränität am Beispiel des Wahlrechts:

- Zensuswahlrecht (nach Steuerbeitrag)
- Mehrstimmen-Wahlrecht (Zusatzstimmern für Besitz, Bildung, Alter)
- Stimmgleichheit
- Einführung des Frauenwahlrechts
- Senkung des Wahlalters

weitere Beispiele:

- Entwicklung der Gewerbefreiheit
- Entwicklung des Privateigentums am Produktivvermögen

zu 4:

mögliche Fragestellungen:

- Schließen sich Freiheit und Gleichheit aus?
- Ist persönliche Freiheit erst durch soziale Sicherheit möglich?
- Ist Freiheit nur als Verantwortung in Solidarität lebensfähig?
- Fördert individuelles Gewinnstreben allgemeinen Wohlstand?

Didaktisch-methodische Hinweise

Die Auseinandersetzung mit dem klassischen Liberalismus beruht auf einem Zeitvorschlag von 5 Stunden. Hier sollte der Schwerpunkt auf dem methodischen Arbeiten mit Texten liegen (Anwendung der Kriterien für die Textanalyse) und auf der Erarbeitung der drei genannten Grundwerte.

Für den politischen Liberalismus bieten sich Texte von Locke und Montesquieu an, für den Wirtschaftsliberalismus Adam Smith.

Für die Auseinandersetzung über die Realisierung dieser liberalen Postulate werden ebenfalls 5 Stunden vorgeschlagen. Die Themenwahl muß sich nach der Aktualität richten, wobei allerdings die Grundwerte "Freiheit", "Gleichheit" und "Eigentum" stets Bezugspunkte bleiben.

Bei der Textauswahl muß auch deutlich werden, daß liberale Grundwerte heute nicht nur von liberalen Parteien vertreten werden, sondern demokratisches Denken insgesamt geprägt haben.

Bei der Bearbeitung von Lernziel 3 könnte schon bei der Auswahl der Beispiele auf das jeweils zu behandelnde politische System in 13/2 hingearbeitet werden.

Literatur

- Politische Ideologien. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1986 (= Informationen zur politischen Bildung, Nr. 121)
- Braun, E. / Heine, F. / Opolka, U.: Politische Philosophie. rororo 406, Reinbek 1990 (erhältlich bei der Landeszentrale für politische Bildung)

Unterrichtseinheit II: Demokratischer Sozialismus

Zeitvorschlag: 14 Stunden

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. die Kritik von Karl Marx an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen im 19. Jahrhundert kennenlernen und dabei den Zusammenhang der wesentlichen Wirtschaftstheorien von Karl Marx erkennen (verbindlicher Anteil Geschichte),
2. unterschiedliche Positionen zu Staat und Arbeiterbewegung im Revisionismusstreit kennzeichnen können (verbindlicher Anteil Geschichte),
3. wissen, welche gesellschaftlichen Gruppen die Gedanken des Sozialismus aufgenommen und in welchen Punkten sie die Entwicklung des demokratischen Sozialismus beeinflusst haben,
4. "Freiheit", "Gerechtigkeit" und "Solidarität" als Grundwerte im Verständnis des demokratischen Sozialismus aus Texten erarbeiten können und unterschiedliche Realisierungsmöglichkeiten kennenlernen,
5. die Vorstellungen von Vertretern des demokratischen Sozialismus über Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln und über die Gestaltung der Arbeitswelt in der Zukunft beurteilen können,
6. an Beispielen nachweisen können, welchen Einfluß die Gedanken und Vorstellungen des demokratischen Sozialismus auf das politische und gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland hatten und haben.

Lerninhalte

zu 1:

Kritik von Karl Marx an der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung im 19. Jahrhundert auf der Grundlage der Entfremdungs- und Mehrwerttheorie, der Akkumulations-, der Zentralisations-, der Verelendungs- und der Krisentheorie (verbindlicher Anteil Geschichte)

zu 2:

- Staats- und Parteiverständnis nach Karl Marx und Friedrich Engels
- Staats- und Parteiverständnis nach Eduard Bernstein oder Karl Kautsky (verbindlicher Anteil Geschichte)

zu 3:

Beispiele für gesellschaftliche Gruppen:
sozialistische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen (katholische Soziallehre, evangelische Sozialethik)

Entwicklung des demokratischen Sozialismus:

- Forderungen nach gesamtgesellschaftlicher Demokratisierung
- Kritik an der ausschließlich auf das politische System beschränkten Demokratisierung
- Forderung nach einem Wirtschaftssystem, das Formen der Gemeinwirtschaft und der Privatwirtschaft miteinander verbindet

zu 4:

Grundwerte:

- "Freiheit" als Freiheit von unwürdiger Abhängigkeit und als Möglichkeit zur persönlichen Entfaltung
- "Gerechtigkeit" als Anspruch auf Chancengleichheit der politischen, sozialen und rechtlichen Teilhabe
- "Solidarität" als Bewußtsein der Menschen, in einer Gemeinschaft zu leben

Ordnungsprinzipien zur Realisierung dieser Werte:

Parlamentarische Demokratie, sozialer Rechtsstaat, gesamtgesellschaftliche Demokratisierung, staatliche Intervention in Sozialordnung und Wirtschaft

zu 5:

Nebeneinander von Privateigentum an den Produktionsmitteln und staatlichem und genossenschaftlichem Eigentum, staatliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht, Humanisierung der Arbeitswelt, Tarifautonomie, betriebliche und unternehmerische Mitbestimmung und andere Forderungen

zu 6:

mögliche Beispiele:

Konjunktursteuerung, Sozialstaat und Sozialpolitik und deren Finanzierung, wirtschaftliche Mitbestimmung, Arbeitsrecht, Kartellrecht, Instrumente zur Verteilung der möglichen Arbeit in der Gesellschaft

Didaktisch-methodische Hinweise

Aufgrund des Zusammenbruchs der meisten Staaten des "real existierenden Sozialismus" und des revolutionären Sozialismus erübrigt sich die Behandlung der meisten Aspekte des revolutionären Marxismus-Leninismus. Im Zusammenhang mit dem demokratischen Sozialismus sollten nur noch die wirtschaftlichen Themen und Theorien von Karl Marx - nicht ihre Veränderungen bzw. Weiterentwicklungen und Ergänzungen durch Friedrich Engels, Lenin und Stalin - im Unterricht behandelt werden, soweit sie für das Verständnis des demokratischen Sozialismus wesentlich sind. Insofern genügt es, wenn die in Lerninhalt 1 genannten Aspekte der Wirtschaftstheorien in ihrem Zusammenhang verdeutlicht werden. Darüber hinaus sollten die Schülerinnen und Schüler erkennen, daß die Wirtschaftstheorien von Karl Marx auch für die Analyse der heutigen Arbeitsgesellschaft Bedeutung haben (z.B. Verelendungs-, Akkumulations- und Konzentrationstheorie im Bereich der Organisation von Arbeit, im Bereich des Investitionsverhaltens der Unternehmen und der Konzentration von Unternehmen).

Literatur

- Gorz, André: Kritik der ökonomischen Vernunft. Berlin (Rotbuch-Verlag) 1989
- Gorz, André: Wege ins Paradies. Berlin (Rotbuch-Verlag) 1986
- Meyer, Thomas: Demokratischer Sozialismus. Eine Einführung. Bonn (Verlag Neue Gesellschaft) 1982 (Reihe Praktische Demokratie)
- Weber, Hermann (Hrsg.): Das Prinzip Links. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1848 - 1990. Eine Dokumentation. Berlin (Ch. Links) 1992

Unterrichtseinheit III: Konservatismus

Zeitvorschlag: 12 Stunden

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. den Konservatismus als Bewegung gegen emanzipatorische Tendenzen des Liberalismus und des Sozialismus erfahren (verbindlicher Anteil Geschichte),
2. konservative Positionen an Texten erarbeiten,
3. an selbst gewählten aktuellen Beispielen Herrschafts- und Ordnungsvorstellungen, die man konservativen Positionen zuordnen kann, erarbeiten und beurteilen können.

Lerninhalte

zu 1:

Konservatismus als Erhaltung bestehender Gesellschaftsformen und althergebrachter Eigentumsverhältnisse

zu 2:

Beispiele für Elemente konservativer Positionen:

- Notwendigkeit äußerer Ordnungen, für die Disziplin, Gehorsam und ein gewisses Maß an Zwang eine fundamentale Bedeutung haben
- Einbindung des Menschen in geschichtlich tradierte Einsichten, Erfahrungen und Lebensregeln
- herausragende Bedeutung von Institutionen (z.B. Recht, Eigentum, Familie) für die Rolle / Position des einzelnen in der Gesellschaft
- Notwendigkeit eines starken Staates, der sich allgemeiner Interessen (z.B. Herstellung und Bewahrung innergesellschaftlicher Ordnung) annimmt und diese somit dem Kräftespiel gesellschaftlicher Gruppen entzieht
- Ablehnung des "Versorgungsstaats", Zurückweisen von immer neuen Begehrlichkeiten der Bürger gegenüber dem (Sozial-)Staat, Übernahme von Verantwortung des einzelnen (z.B. für Altersversorgung, Absicherung im Krankheitsfall)
- Verzicht auf Ausbeutung der natürlichen Umwelt
- Akzeptanz sozialer Ungleichheit, die sich daraus ergibt, daß Sachzwänge das "Herrschaftswissen" von Experten erfordern
- Zurückdrängen von Formen demokratischer Teilhabe zugunsten reibungsloser Abläufe in der modernen Industriegesellschaft
- Notwendigkeit gesellschaftlicher Eliten (z.B. Führungspersonal in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft)

zu 3:

mögliche Beispiele, an denen die Herrschafts- und Ordnungsvorstellungen erarbeitet werden können:

- Erweiterung der staatlichen Eingriffskompetenzen in den individuellen Freiheitsraum durch Veränderung der Interpretation grundgesetzlich geschützter Bereiche (z.B. "Lauschangriff")
- Abwehr gesellschaftlicher und politischer Veränderungen, zugleich aber Förderung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts.

Herrschafts- und Ordnungsvorstellungen ergeben sich unmittelbar aus Lerninhalt 2 (vgl. auch "didaktisch-methodische Hinweise").

Didaktisch-methodische Hinweise

Lernziel 1 kann erreicht werden mit Texten von Edmund Burke und Ernst Ludwig von Gerlach (in: Schoeps u.a., S.47 ff).

Geeignete Texte zur Erarbeitung der verschiedenen Elemente konservativer Positionen sind in dem Themenheft E abgedruckt. Darüber hinaus sollte bei der Auswahl der Texte die Aktualität im Vordergrund stehen. Nicht alle Lerninhalte, die unter 2. aufgeführt sind, müssen Gegenstand des Unterrichts sein.

Die unter Lerninhalt 2 erfaßten Elemente können bei Lernziel 3 als eine Art Analyseschema eingesetzt werden, mit der an aktuellen Beispielen Herrschafts- und Ordnungsvorstellungen untersucht werden können.

Querverbindungen lassen sich herstellen zur Unterrichtseinheit I "Liberalismus", insbesondere zu Lernziel 4 und Lerninhalt 4.

Literatur

- Saage, Richard: Arbeiterbewegung, Faschismus, Neokonservatismus. Frankfurt a.M. (Suhrkamp) 1987 (=Suhrkamp-TB Wissenschaft, Bd. 689), Kap. III: Neokonservatismus, S. 197-266
- Schoeps, Julius H.: Konservatismus. In: Schoeps, J.H. (u.a.), Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus. München (Fink) 1981 (= UTB 1032), S. 11-86

Pflichtbereich II

Zeitvorschlag: 10 Stunden

Thema 1: Rechtsextremismus

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. Ursachen rechtsextremen Denkens zusammenstellen und gegeneinander abwägen,
2. Elemente rechtsextremen Denkens kennenlernen,
3. rechtsextremistische Organisationen in der BRD benennen und ihre Programme und Aktivitäten auf rechtsextremistische Elemente untersuchen lernen,
4. Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus kennenlernen und ihre Wirksamkeit diskutieren können.

Lerninhalte

zu 1:

mögliche Ursachen für rechtsextremistisches Denken:

- Gefühle und Vorstellungen von Bedrohung und Benachteiligung der Deutschen gegenüber Ausländern (ökonomischer Ansatz)
- Handlungsunsicherheit, Ohnmachtserfahrung, Vereinzelungserfahrung aufgrund gesellschaftlicher Entwicklung (Identitätstheoretischer Ansatz)
- natürliche Reaktion auf Andersartigkeit und Fremdheit (biologistischer Ansatz)
- Ermutigung durch Äußerungen und Handlungsvorgaben von Politikern (politischer Ansatz)
- unzureichende Aufarbeitung der NS-Vergangenheit (historischer Ansatz)
- Instrumentalisierung der negativen Alltagserfahrung durch rechtsextremistische Gruppen

zu 2:

Elemente rechtsextremistischen Denkens:

- völkisches Denken (Gemeininteresse vor Eigeninteresse; Opferbereitschaft; absoluter Vorrang des eigenen Volkes; "Deutschland den Deutschen")
- nationalistisches Denken (ethnischer Nationbegriff; Nation ist Träger des kulturellen Erbes; Revision der Oder-Neiße-Grenze)
- rassistisches Denken (Höherwertigkeit der eigenen Rasse; Recht auf Beherrschung anderer; "Auschwitzlüge")
- autoritäres Denken (Befehl und Gehorsam als Organisationsprinzip)
- "Sündenbock"-Denken (Fremdgruppe ist böse und destruktiv; Fremdgruppe trägt Schuld an persönlicher, sozialer und wirtschaftlicher Misere)

zu 3:

rechtsextremistische Organisationen

- Parteien: DVU, REP, NPD (Träger, Organisationsform, Programm, Äußerung von führenden Vertretern)
- Gruppen, Verbände : vgl. jüngster Verfassungsschutzbericht (Mitgliederstruktur, Aktionen)
- Musikgruppen (Texte)

zu 4:

Beispiele für solche Maßnahmen:

- Kinder und Jugendliche zu Toleranz und friedlichem Zusammenleben mit allen Menschen erziehen
- in Schulen, Betrieben und in der Öffentlichkeit gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus vorgehen
- Jugendarbeit (z.B. durch Sozialarbeiter und Streetworker) intensivieren, insbesondere dort, wo sich rechtsextremistische Aktivitäten häufen
- alle Mittel des Rechtsstaates gegen Rechtsextremisten einsetzen: z.B. Strafverfolgung, Verbot von Veranstaltungen und Gruppen
- die NS-Vergangenheit verstärkt aufarbeiten
- Jugendlichen durch sozialpolitische Maßnahmen Zukunftsperspektiven eröffnen

Didaktisch-methodische Hinweise

Da es sich um eine Ideologie handelt, die von ihrer Intention her die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland gefährdet und deren Verbreitung auch auf einem eher unbestimmten Bedrohungsgefühl beruht, ist es notwendig, eventuell vorhandene Bedrohungsgefühle der Schülerinnen und Schüler zu bedenken und aufzuarbeiten und jede Form von Ausgrenzung und Stigmatisierung zu vermeiden.

Als Einstiegsmöglichkeiten bieten sich an:

- Erfahrungsberichte von Tätern und Opfern des rechtsextremistischen Umfeldes
- Ergebnisse von Umfragen zur politischen Kultur der BRD
- Collagen zur Werbung rechtsextremistischer Gruppen
- Bedrohungsgefühle der Schülerinnen und Schüler
- aktuelle Anlässe von rechtsextremistischer Gewalt
- Durchführung und/oder Auswertung von Umfragen zu rechtsextremistischem Gedankengut
- Film oder Video zur Unterrichtseinheit

Ein historischer Einstieg erscheint weniger gerechtfertigt. Der Rechtsextremismus ist eine Ideologie, der wir mit historischen Begründungen und ebensolchen Gegenstrategien nicht gerecht werden.

Ein Einstieg über Begriffsklärungen wäre sehr abstrakt-theoretisch und ist deshalb auch weniger zu empfehlen.

Auf den Rechtsextremismus als auf ein allgemeineuropäisches Phänomen hinzuweisen, kann dagegen sehr sinnvoll sein, wenn hierdurch nicht nach Entlastungen und nach einer Verniedlichung der Probleme im eigenen Lande gesucht wird.

Literatur

- Assheuer, Th. / Sarkowicz, H.: Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte. München 1992
- Clemens, K. / Albert, D.: Du doitsch?. Materialien zu Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus und der Vielfalt der deutschen Kultur. Oberursel 1991
- Ahlheim, Kl. / Heger, B. / Kuchnike, Th. (Hrsg.): Argumente gegen den Haß. Arbeitshilfen für die politische Bildung (2 Bände). Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1994
- Heitmeyer, W. u.a.: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Weinheim/München 1992
- Posselt, R. / Schuhmacher, K.: Projekthandbuch Gewalt und Rassismus. Mühlheim a.d. Ruhr 1993
- Jäger, U.: Rechtsextremismus und Gewalt. Verein für Friedenserziehung, Tübingen 1993
- Politik .. betrifft uns (2/90-6), Republikaner: Die neue Rechte
- Struck, M. / Wehrmeyer, G. / Zeimentz, R.: Rechtsextremismus. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1992

Thema 2: Marxismus-Leninismus

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. Grundzüge des historischen und des dialektischen Materialismus und ihre historischen und ideengeschichtlichen Voraussetzungen kennen und beschreiben können,
2. Grundzüge der Wirtschaftstheorie und Gesellschaftstheorie von Karl Marx und Friedrich Engels beschreiben können,
3. die Weiterentwicklung und Veränderung der Theorien von Karl Marx und Friedrich Engels durch Lenin kennenlernen,
4. am Beispiel eines sozialistischen Staates nachweisen können, wie die theoretischen Vorstellungen von Karl Marx und Lenin realisiert wurden ("real existierender Sozialismus"),
5. die Kritik am "real existierenden Sozialismus" durch den Reformkommunismus in den sozialistischen Staaten kennen.

Lerninhalte

zu 1:

dialektischer Materialismus, historischer Materialismus:

Umkehr des Denkens von Hegel unter gleichzeitiger Benutzung seiner Denkmethode; Geschichte als Geschichte der Klassengegensätze und Klassenkämpfe; wirtschaftliche und soziale Folgen der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert ("Soziale Frage")

zu 2:

anthropologischer Ansatz und Arbeitswertlehre bei Karl Marx:

Entfremdungstheorie; Mehrwerttheorie als "absolutes Gesetz" der kapitalistischen Produktionsweise, Basis-Überbau-Theorie;

Forderungen und Ziele der Gesellschaft:

Revolution und Umgestaltung der Gesellschaft, Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Diktatur des Proletariats als Übergangsphase zur klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaft

zu 3:

theoretische Weiterentwicklung der Gedanken von Karl Marx und Friedrich Engels unter den Bedingungen der russischen Autokratie:

Theorie der Klassenbündnisse, Revolutionstheorie, "Partei Neuen Typs" als "Avantgarde des Proletariats" (Stoßtrupp der Revolution), Diktatur des Proletariats als Diktatur der Partei, Imperialismustheorie (z.B. Ausbreitung kapitalistischer Herrschaft über andere Länder, Faschismustheorie, Korruption der Arbeitnehmersvertreter)

zu 4:

"real existierender Sozialismus" in einem ehemaligen sozialistischen Staat:

Vorrang sozialistischer Eigentumsformen, Verfügung über Produktionsmittel durch Partei und Staat, geringe Wirtschaftsproduktivität durch bürokratische Zentralverwaltungswirtschaft, Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, Anspruch auf Wissenschaftlichkeit der Ideologie, Kritiker als Verbündete des "Klassenfeindes"

zu 5:

Kritik am "real existierenden Sozialismus" durch Reformkommunismus vor dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten:

Kritik z.B. von Rudolf Bahro, Robert Havemann, Ota Sik, Vertreter des Eurokommunismus; Ziele Gorbatschows: Optimierung und Stabilisierung des Sozialismus durch Perestroika und Glasnost

Hinweise

Beide Themen bieten den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, Beispiele antiliberalen und antiindividualistischen Denkens kennenzulernen und die Bedeutung antiliberaler und antiindividualistischer Theorien für die Gesellschaft beurteilen zu können.

13/1 Aspekte des politischen und ökonomischen Systems der Bundesrepublik Deutschland

Richtziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- ◆ an ausgewählten Problemkreisen erkennen, wie politische Theorien politisches und wirtschaftliches Handeln beeinflussen,
- ◆ begründen können, warum in der pluralistischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland unterschiedliche Grundrechtsinterpretationen möglich sind,
- ◆ die Grundideen der sozialen Marktwirtschaft kennen und aktuelle Probleme der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland diskutieren können,
- ◆ Konflikte zwischen Ökonomie und Ökologie erörtern können.

Unterrichtseinheit I: Grundwerte und Grundrechte

Zeitvorschlag: 20 Stunden

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. an einem Grundwert exemplarisch erfahren, daß es unterschiedliche Grundwertvorstellungen gibt, die auf verschiedene Theorien und Ideologien zurückzuführen sind,
2. die Stellung des Grundwertes "Menschenwürde" im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und aus diesem Grundwert resultierende weitere Grundwerte kennen und ihre Kodifizierung im Grundrechtskatalog des Grundgesetzes nachweisen können,
3. nachweisen können, daß die Werte Bestandteile der Verfassungsprinzipien der Bundesrepublik Deutschland sind und daß der Pluralismus ein Wesensmerkmal der Demokratie ist,
4. wissen, daß Änderungen von Rechtsnormen Ausdruck des Wertewandels und des Pluralismus sind,
5. an Beispielen erarbeiten, daß Gruppen mit antipluralistischen Ideologien den Werte- und Interessenpluralismus gefährden,
6. Probleme aufzeigen können, die sich aus dem Ordnungsanspruch des Staates und dem Freiheitsanspruch des Individuums ergeben, und zu diesen Problemen begründet Stellung nehmen können,
7. erkennen, wie staatliche Herrschaft legitimiert wird, und nachprüfen können, ob die Legitimität staatlichen Handelns aufgrund von Leistungen für die Bürger bzw. als Folge von Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgern akzeptiert wird.

Lerninhalte

zu 1:

Unterschiedliche Bedeutung der Werte "Freiheit" oder "Gleichheit" (oder "Frieden", "Ordnung") im Liberalismus, im demokratischen Sozialismus und im Konservatismus

zu 2:

- zentrale Stellung der "Menschenwürde" im Grundgesetz und in Parteiprogrammen
- Werte: z.B. "Freiheit", "Friede", "Gleichheit" im Grundgesetz und in Parteiprogrammen
- Grundrechte: z.B. Meinungsfreiheit, Demonstrationsrecht, rechtliche Gleichstellung ehelicher und nicht-ehelicher Kinder, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Asylrecht

zu 3:

wertgebundene politische Ordnung mit den Grundprinzipien republikanische Staatsform, Demokratieprinzip, Rechtsstaatsprinzip, Sozialstaatsprinzip, Bundesstaatsprinzip beruhend auf den Grundwerten Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Solidarität

Kennzeichen des Pluralismus: kein einheitliches und verbindliches Weltbild, Gemeinwohl nicht a priori vorgegeben, kein einheitlicher Volkswille, Konflikte und Konkurrenz als Teile der Demokratie (KPD-Urteil des BVerfG von 1956)

zu 4:

Beispiele für Änderungen von Rechtsnormen:

- Art. 10; Art. 16 des Grundgesetzes
- § 175, 218 Strafgesetzbuch
- Beispiele aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch: Namensrecht, Familienrecht
- Beispiele aus anderen Gesetzestexten

zu 5:

- Inhalte der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" entsprechend Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 17. 8. 1956 (KPD-Urteil)
- Gefährdung der pluralistischen Demokratie durch monistische Gruppen (z.B. rechts- oder linksextremistische Gruppen)

zu 6:

mögliche Problemfelder:

- staatliches Interesse an Funktionalität und Funktionieren der Verwaltung, individuelles Interesse an Freiheitsmöglichkeiten
- Probleme, die sich aus dem Konflikt zwischen Rechtsgarantien des Individuums und staatlichen Ansprüchen ergeben: z.B. im Bereich des Rechtsstaates ("Lauschangriff", Asylrecht), im Bereich des Sozialstaates (Kostenverteilung der sozialen Ordnung), bei der Erweiterung des Grundgesetzes durch sozialstaatliche oder durch ökologische Regelungen

zu 7:

Aspekte der Beurteilung von staatlicher Legitimität:

- Legitimität staatlicher Herrschaft als Akzeptanz des politischen Systems durch Massenloyalität
- Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen des politischen Systems: politische Sozialisation und Rekrutierung, Interessenartikulation, Interessenaggregation, politische Kommunikation
- Leistungen des Staates im Rahmen des politischen Systems: Formulierung von Rechtsnormen als Ergebnis eines gesellschaftlichen Prozesses, Organisation und Verwaltung der Herrschaftsausübung, Daseinsvorsorge-Staat als Interventionsstaat, Erhaltung des politischen Systems, Regierbarkeit des politischen Systems, Autonomie des politischen Systems

Didaktisch-methodische Hinweise

Ausgehend von den in 12/2 behandelten Theorien soll in der Unterrichtseinheit I wiederholt werden, daß unter anderem Vertreter des Liberalismus, des demokratischen Sozialismus und des Konservatismus Grundrechte jeweils unterschiedlich interpretieren und gewichten. Darüber hinaus setzen sie unterschiedliche Hierarchien in der Wertigkeit der Grundrechte.

Da in der Sekundarstufe I und der Klassenstufe 11 grundlegende Aspekte des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland behandelt werden, soll in dieser Unterrichtseinheit der Pluralismus der Grundrechtskonzeptionen im politischen System erarbeitet werden. Grundlegende Rechtsquelle zum Pluralismusverständnis des Grundgesetzes ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. 8. 1956, das "KPD-Urteil". Aus diesem Urteil können die Prinzipien des Pluralismus und des Monismus erarbeitet werden.

Zu Lernziel 7 / Lerninhalt 7: Es geht in diesem Lernziel bzw. Lerninhalt darum, die Legitimität staatlicher Herrschaft zu thematisieren. Der Begriff der "Legitimität" ist von dem Begriff der "Legitimierung staatlicher Herrschaftsausübung" zu unterscheiden.

Literatur

- Besson, Waldemar / Jasper, Gotthard: Das Leitbild der modernen Demokratie. Bauelemente einer freiheitlichen Staatsordnung. Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 1990 (= Schriftenreihe, Bd. 300)
- Mintzel, Alf / Oberreuther, Heinrich (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 1992 (Schriftenreihe, Bd. 282)
- Justiz und Politik. WOCHENSCHAU Nr. 2, Sek.II, Wochenschau Verlag Schwalbach/Ts. 1990
- Verfassungsdiskussion in Deutschland I. WOCHENSCHAU, Sonderausgabe, Sek. II, Wochenschau Verlag Schwalbach/Ts. 1992

Unterrichtseinheit II: Ökonomische Probleme

Zeitvorschlag: 20 Stunden

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. die wesentlichen Merkmale des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik Deutschland kennen,
2. Grundideen der Sozialen Marktwirtschaft erläutern können unter Berücksichtigung des klassischen Liberalismus, des demokratischen Sozialismus und des Neoliberalismus (verbindlicher Anteil Geschichte),
3. Grundideen der nachfrageorientierten und angebotsorientierten Wirtschaftspolitik vergleichen und mögliche Auswirkungen beschreiben können,
4. Arten und Ursachen der Arbeitslosigkeit kennen und Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit unter dem Gesichtspunkt der Interessengebundenheit beurteilen können,
5. die Strukturkrise als Hauptproblem der deutschen Volkswirtschaft in den 90er Jahren kennen und daraus resultierende Schwierigkeiten analysieren können,
6. an einem Beispiel Chancen und Risiken der Technologieentwicklung für die Arbeitswelt der Zukunft diskutieren können,
7. Konflikte zwischen Ökonomie und Ökologie kennen und an einem Beispiel unterschiedliche Positionen herausarbeiten und Handlungsmöglichkeiten zur Regelung der Probleme erörtern können.

Lerninhalte

zu 1:

- Nebeneinander von Privateigentum an Produktivvermögen und staatlichem Eigentum
- Gewerbe- und Vertragsfreiheit, freie Wahl des Berufs und des Arbeitsplatzes
- wirtschaftliche Entscheidungen bleiben im wesentlichen den einzelnen Haushalten und Betrieben überlassen und werden über Märkte koordiniert
- Wettbewerb, Sozialstaat, staatliche Konjunkturpolitik, Strukturpolitik, Wettbewerbspolitik, Sozialpolitik (soziale Sicherung und soziale Teilhabe)
- Gewinnorientierung und Risiko

zu 2:

- *Ausgangspunkt:* freie Betätigung des einzelnen bewirkt zugleich einen gesellschaftlichen Nutzen, Selbststeuerungskräfte des Marktes, wenige staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftsablauf (A. Smith)

- *Gründe für das Eingreifen des Staates:* zunehmende Konzentration und Entstehung von Monopolen, Aufhebung des Wettbewerbs, Entstehung von sozialer Ungleichheit, Krisenanfälligkeit freier Marktwirtschaften
- *Grundsätze neoliberaler Wirtschaftspolitik,* die vor dem Hintergrund wachsender staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft (z.B. Zwangswirtschaft des Nationalsozialismus) entwickelt wurden: z.B. funktionsfähige Konkurrenz, Gewerbefreiheit, Privateigentum an Produktionsmitteln, Vertragsfreiheit, Konstanz der Wirtschaftspolitik, Wettbewerbskontrolle

zu 3:

- *Grundidee und wesentliche Elemente einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik:* Die wirtschaftliche Entwicklung wird von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bestimmt; entscheidende Funktion des Staates bei der Wirtschaftsbelegung; verstärkte staatliche Investitionen führen zu Einkommensvermehrungen und Investitionen, die sich wechselseitig verstärken; die so zunehmende Nachfrage führt schließlich zu der gewünschten Wirtschaftsbelegung;
- *Grundidee und wesentliche Elemente einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik:* Schaffung von Bedingungen, die es den Unternehmern erlauben, gewinnbringend zu produzieren, um langfristig mehr Arbeitsplätze zu schaffen und Wirtschaftswachstum zu ermöglichen; zurückhaltende Lohn- und Tarifpolitik; leistungsförderndes Steuersystem; Abbau von Vorschriften, die die wirtschaftliche Tätigkeit behindern und damit dem Wirtschaftswachstum entgegenstehen

zu 4:

- *Ursachen der Arbeitslosigkeit:* Niedergang einer Branche, umfassende Rationalisierungen (strukturelle A.); zyklische Schwankungen im Wirtschaftsgeschehen (konjunkturelle A.); jahreszeitliche Einflüsse (saisonale A.); technologische Arbeitslosigkeit, regionale Aspekte
- *Vorschläge / Maßnahmen:* Flexibilisierung der Arbeitslöhne (z.B. "Einstiegsstarke" für Arbeitslose und Berufsanfänger, Haustarifverträge), [öffentliche] Investitionen und Beschäftigungsprogramme, Qualifikationsförderung, Ausweitung der Teilzeitarbeit, Arbeitszeitverkürzung, Investitionsförderungen
- *Interessen der Arbeitgeber:* z.B. Senkung der [Lohn-]Kosten, Beschränkung von Sozialleistungen, Erzielung von Gewinnen
- *Interessen der Arbeitnehmer:* z.B. Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Wahrung sozialer Errungenschaften, angemessene Löhne

zu 5:

- *neue Bundesländer:* Notwendigkeit der Sanierung und der wirtschaftlichen Modernisierung zur Erlangung der Wettbewerbsfähigkeit; hohe Anpassungs-Arbeitslosigkeit; hohe Kosten des Strukturwandels; Ost-Märkte
- *alte Bundesländer:* Abbau von Arbeitsplätzen durch Automatisierung und Verlagerung von lohnintensiven Produktionsprozessen in Billiglohnländer
- *Deutschland insgesamt:* geringere Wachstumschancen im internationalen Wettbewerb (Ursachen: Kosten der Vereinigung, Strukturkrisen, nachlassende Innovationen, relativ hohe Lohnnebenkosten); zunehmender Konkurrenzdruck aus Billiglohnländern, die vorhandene Technologien kostengünstiger einsetzen und zusätzlich mit Innovationen auf den Markt drängen; Subventionierung oder Schließung von "Altindustrien"?

zu 6:

- *Folgen der Technologieentwicklung:* Veränderungen in der Produktions- und Beschäftigungsstruktur (3. technische Revolution), d.h. Kapital ersetzt Arbeit (Freisetzungseffekt, Kompensationseffekt), flexible Fertigungstechniken (Systembetreuer statt Facharbeiter, "high-tech-Niveau" bei entsprechender Verbesserung der Bildungsleistung)
- *Wandel zur Dienstleistung*
- *Wegfall herkömmlicher und Entstehung neuer Tätigkeiten und Arbeitsfelder*
- *Infragestellung des Selbstverständnisses des Menschen:* Stellung in der Lebens- und Arbeitswelt, Änderung von Bedeutung und Stellenwert der Arbeit
- *Perspektiven / Zukunftsfragen:* Höchstleistungen um jeden Preis? (z.B. bei industrieller und agrarischer Produktion, in der Ausnutzung der natürlichen Ressourcen, in der Steigerung der technischen Effizienz); Gefahren für die Würde des Menschen bei konsequenter Umsetzung jeden technischen Fortschritts?

zu 7:

- *unterschiedliche Positionen und daraus resultierende Konflikte:*
 - ♦ Aspekte der Ökonomie: Streben nach Wirtschaftswachstum, hoher Beschäftigungsstand, steigende Einkommen, Versorgung der Menschen mit Gütern und Leistungen
 - ♦ Aspekte der Ökologie: Belastungs- und Zerstörungsprozesse in der Natur, Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen, Folgekosten einer umweltbelastenden Produktions- und Konsumweise
- *Handlungsmöglichkeiten:*
 - ♦ Steuerpolitik: Steuern und Wettbewerbsfähigkeit (Unternehmensbesteuerung), Steuern und Leistungsbereitschaft (Besteuerung von Löhnen und Gehältern), Steuerbelastung des Konsums durch Verbrauchssteuern und Mehrwertsteuer, Steuern zur Drosselung des Verbrauchs von nicht-erneuerbaren Ressourcen, Steuern zugunsten ökologischer Innovationen
 - ♦ staatliche Umweltpolitik: Ziel: Schonung der Umwelt. Prinzipien: Verursacher-, Gemeinlast-, Vorsorge-, Kompensations-, Kooperations- und Konfrontations- oder Isolationsprinzip; Möglichkeiten und Ansatzpunkte: Instrumente der Produktionslenkung für umweltfreundliche Produkte, Umweltauflagen, Umweltafgaben, Umweltlizenzen

Didaktisch-methodische Hinweise

Das Thema bietet die Möglichkeit der Wiederholung von Merkmalen des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Lehrpläne Sozialkunde und Gesellschaftswissenschaften Sek. I).

Die in Lerninhalt 7 aufgenommenen Aspekte sind als Anregung für eine Diskussion zu verstehen, bei der aktuelle Probleme im Mittelpunkt stehen sollten.

Literatur

- Ökologie. WOCHENSCHAU Nr. 4/5, Sek.II, Wochenschau Verlag Schwalbach/Ts. 1991
- Fortschritt. WOCHENSCHAU Nr. 6, Sek.II, 1993
- Wirtschaftspolitik. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990 (=Schriftenreihe, Bd. 292)

13/2 Andere politische Systeme / Lektüre einer Ganzschrift

Unterrichtseinheit I: Andere politische Systeme

Zeitvorschlag: 15 Stunden

- Alternative 1:** Aspekte des politisch-ökonomischen Systems Frankreichs
- Alternative 2:** Aspekte des politischen und ökonomischen Systems der USA
- Alternative 3:** Aspekte des politischen und ökonomischen Systems Großbritanniens

Alternative 1: Aspekte des politisch-ökonomischen Systems Frankreichs

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. im französischen Verfassungssystem Elemente des Präsidialregressionssystems und des parlamentarischen Regierungssystems nachweisen können,
2. ausgehend von der Verfassung der V. Republik wesentliche Elemente des französischen politischen Systems darlegen können,
3. das Wahlrecht und seine Auswirkungen kennen und beurteilen können,
4. das Selbstverständnis der französischen Gewerkschaften kennenlernen und die Ziele der Gewerkschaften aus ihrer Zuordnung zu politischen Theorien begründen können,
5. die Frage, inwieweit im politisch-ökonomischen System der V. Republik ein Konsens über die ordnungspolitische Funktion des Staates und die allgemeinen wirtschaftlichen Ziele besteht, am Beispiel der "Planification" und der Stellungnahmen von Parteien und Gewerkschaften diskutieren können.

Lerninhalte

zu 1:

Stellung des Staatspräsidenten und seine Rechte:

Wahl und Selbstverständnis des Staatspräsidenten, Berufung der Regierung, Recht zur Auflösung des Parlaments in dem System der V. Republik

parlamentarische Elemente:

Regierung braucht die Zustimmung des Parlaments, Fraktionsdisziplin im Parlament

präsidiale Elemente:

Regierungsberufung, Inkompatibilität von Regierungs- und Parlamentszugehörigkeit

zu 2:

mögliche Beispiele:

- Vorstellung der "république indivisible" als Willenseinheit aller Franzosen
- nationale Souveränität (Konflikt zwischen Souveränitätspostulat der Verfassung und der Verbindlichkeit des EU-Rechts)
- Absolute Trennung von Kirche und Staat (Laizismus)
- Referendum als Nachweis der Willensidentität zwischen Volk und Staatspräsident

zu 3:

Vorrang des Mehrheitswahlrechts; Wahlkreisbildung unabhängig von der Einwohnerzahl, Auswertung demographischer Materialien über wirtschaftliche Ballungsgebiete und Siedlungsräume bzw. Wohngebiete

zu 4:

Gewerkschaften als politische Richtungsgewerkschaften mit geringem Organisationsgrad (ca. 25 %) vertreten in erster Linie systemkritische bzw. systemstabilisierende Forderungen, in zweiter Linie erst Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen und -entgelte

zu 5:

ordnungspolitischer Konsens:

Akzeptanz der "Planification" : Rolle des zentral-staatlichen Wirtschaftssektors (Produktion und Dienstleistungen , Banken als Staatsbetriebe bzw. unter staatlicher Aufsicht (seit 1946)); allgemeine wirtschaftspolitische Zielsetzungen der Regierungen (seit 1946):

Produktionssteigerungen im Investitionsgüterbereich durch Produktivitätssteigerung bei geringem Zuwachs der inländischen Konsumgüternachfrage bei gleichzeitiger Exportförderung;

dieser Konsens bestand in der IV. Republik trotz des häufigen Wechsels zwischen Parteigruppierungen, Koalitionsregierungen und Gewerkschaften , wie auch zwischen den Staatspräsidenten, den Regierungen und den meisten gesellschaftlichen Gruppen in der V. Republik seit 1958.

Didaktisch-methodische Hinweise

In dieser Unterrichtseinheit muß einerseits Grundwissen vermittelt werden, andererseits soll die Unterrichtseinheit die Problemorientierung der Unterrichtseinheit I weiterführen und auf den Zielen des Halbjahres 12/2 aufbauen. Im Interesse des fremdsprachlichen Unterrichts kann es u.U. sinnvoll sein, die Verfassung im französischen Originaltext in den Unterricht einzubeziehen.

Materialien zum politischen System können bezogen werden von der Presse- und Informationsabteilung der Französischen Botschaft, Kapellenweg 1a, 53179 Bonn. Materialien zum Wirtschafts- und Sozialsystem Frankreichs und zur "Planification" können bezogen werden von La Documentation française, 29-31, quai Voltaire, F 75087 Paris- Le Monde, Dossiers et documents, hrsg. vom Verlag der Zeitung Le Monde, 7, rue des Italiens, F 75000 Paris IX.

Literatur

- Frankreich. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1987 (= Informationen zur politischen Bildung, Nr. 186)
- Frankreich. Eine politische Landeskunde. Mit Beiträgen von Gabriel Wackermann u.a. Redaktion Hans-Georg Wehling. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Stuttgart (Kohlhammer) 1989 (Kohlhammer Taschenbücher, Bd. 1088)
- Frankreich-Jahrbuch. Opladen (Leske und Budrich). (Das Frankreich-Jahrbuch erscheint jährlich.)
- Große, Ernst Ulrich / Lüger, Hans-Helmut: Frankreich verstehen. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) 1989
- Haensch, Günther / Fischer, Paul: Kleines Frankreich-Lexikon. München (Beck) 1984 (= Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 802)
- Haensch, Günther / Tümmers, Hans J.: Frankreich. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft. München (Beck) 1991 (= Beck'sche Reihe, Aktuelle Länderkunden, Bd. 831)
- Mermet, Gérard: Froncoscopie 1993. Qui sont les Français? Faits, chiffres, comparaisons, analyses, tendances. Paris (Larousse) 1993

Alternative 2: Aspekte des politischen und ökonomischen Systems der USA

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. die historische Entwicklung der USA im Überblick kennen,
2. die Stellung der obersten Verfassungsorgane aus der US-Verfassung und ihren Zusatzartikeln erarbeiten und ihr Verhältnis zueinander beurteilen können,
3. an exemplarischen Elementen nachweisen können, daß die Verfassung der USA mit ihren Zusatzartikeln den Forderungen des klassischen (Früh-)Liberalismus im Sinne von Locke und Montesquieu entspricht, und begründen können, warum spätere liberale und soziale Theorien in der Verfassung keinen Niederschlag gefunden haben,
4. kennzeichnende Elemente des Parteienverständnisses in den USA und die daraus resultierende Personalisierung politischer Macht an ausgewählten Materialien aus Wahlkämpfen in den USA erläutern und begründen können,
5. Elemente des Wirtschaftssystems sowie des Systems der sozialen Sicherung in den USA erläutern können.

Lerninhalte

zu 1:

- die USA: Einwanderungsland, politisches und ökonomisches Asyl für Europäer
- Unabhängigkeitserklärung und Bürgerkrieg
- Westausdehnung
- Abkehr von Europa, Konzentration auf den amerikanischen Raum
- Hinwendung zur Weltmachtpolitik

zu 2:

Wahl und Stellung des Präsidenten im Verfassungssystem

Verhältnis zu Senat und Repräsentantenhaus, Präsident als Staatsoberhaupt, Regierungschef, Verwaltungschef, indirekte Teilhabe an der legislativen Gewalt durch Veto-Recht und indirekte Initiative

Wahl und Stellung des Senats und des Repräsentantenhauses im Verfassungssystem

weitgehende Beschränkung auf Kontrollbefugnisse trotz aktueller Bestrebungen, die Machtfunktion des Kongresses auszuweiten (z.B. War Powers Act 1973, Budget and Impoundment Control Act 1974)

zu 3:

Forderungen des Frühliberalismus im Sinne Lockes

z.B. Schutz des persönlichen Eigentums (Zusatzartikel III und IV), Garantie der liberalen Abwehrrechte (Zusatzartikel I, V - VIII), verfassungsrechtliche Garantie, daß jeder Bürger Waffen tragen darf (Zusatzartikel II)

Forderungen des Frühliberalismus nach Montesquieu

z.B. Begrenzung staatlicher Macht durch Gewaltenteilung, System der "checks and balances") und durch zeitliche Begrenzung der politischen Macht im Präsidentenamts durch die Verfassung

Gründe für den Verzicht auf sozialstaatliche Regelungen in der Verfassung

religiöse Wurzeln des optimistischen Menschen- und Gesellschaftsbildes, traditionalistisch-religiöse Vorstellung, daß eine allgemeine Chancengleichheit bestehe und daher jeder für sich sorgen könne, Glaube an die Wechselbeziehung zwischen materiellem Erfolg und göttlichem Wohlgefallen

zu 4:

Parteienangebot und Parteienverständnis in den USA

Reduktion von Parteien im wesentlichen auf Republikaner und Demokraten
Parteien als Wahlkampforganisationen ohne feste und dauernde Organisation, ohne langfristige Programmaussagen, keine konzeptionellen Aussagen zur Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft

Konsequenz: Personalisierung der politischen Macht, Wahlkampf als "Volksfest"; Schwäche der Parteiorganisationen führt zu politischem Übergewicht von nationalen und regionalen ökonomischen Interessengruppen (Pressure Groups); der Präsident stützt sich weniger auf politische Gruppen (Partei oder Fraktion) als vielmehr auf seine Popularität in der Bevölkerung und auf ad-hoc-Gruppen

zu 5:

- starke Prägung der Wirtschaftspolitik durch den Präsidenten
- Wirtschaftspolitik zwischen dem Ziel des sozialen Ausgleichs durch staatliche Eingriffe (z.B. J.Carter) und Rückzug des Staates (z.B. R.Reagan)
- hohes Maß an Wirtschaftsliberalismus, staatliche Eingriffe, z.B. aktive Wirtschaftspolitik, Geld- und Fiskalpolitik, Hinwendung zum Wohlfahrtsstaat
- führende Rolle der USA innerhalb der Weltwirtschaft
- Rolle der Gewerkschaften
- Sozialversicherungsprogramme: Rentenversicherung, Krankenversicherung, Unfall- und Arbeitslosenversicherung
- Sozialhilfeleistungen, Familienbeihilfe, Krankenhilfe für die Armen, Ernährungsbeihilfen
- Vielfalt des privaten Wohlfahrtssektors
- Reformdiskussion

Didaktisch-methodische Hinweise

Ein Ziel der Unterrichtseinheit besteht darin, den Schülerinnen und Schülern Unterschiede zwischen dem europäischen und dem US-amerikanischen Parteiensystem bewußt zu machen. Darüber hinaus sollen Elemente der politischen Kultur an Erscheinungsformen des amerikanischen Wahlkampfes verdeutlichen, daß in den USA politische Teilhabe als Privileg verstanden wird, was zu einer für europäische Verhältnisse hohen Politik-Abstinenz der Bevölkerung führt.

Lernziel 3 bietet die Möglichkeit, die Konkretisierung und Realisierung politischer Theorien aus 12/2 am politischen System der USA zu überprüfen.

Materialien zu dieser Unterrichtseinheit können über das Deutsch-Amerikanische Institut Saarbrücken e.V. (Berliner Promenade 15, 66111 Saarbrücken, Telefon 0681/31160) bezogen oder ausgeliehen werden (z.B. Informationsmaterial zum politischen System, eine zweisprachige Ausgabe der Verfassung, Videofilme insbesondere zu Wahlkämpfen in den USA).

Literatur

- Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika. Hrsg. von U.S. Information Service, Embassy of the United States of America, Bonn 1986
- USA. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg Villingen-Schwenningen 1987 (= Politik und Unterricht 2/87)
- Mickel, Wolfgang u.a.: Geschichte, Politik und Gesellschaft, Bd. 2. Frankfurt a.M. (Cornelsen-Hirschgraben) 1988, S. 7 - 96
- Egner, Anton, u.a.: Bürger im demokratischen Staat. Hannover (Schroedel) 1989

Alternative 3: Aspekte des politischen und ökonomischen Systems Großbritanniens

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. das politische System Großbritanniens in Grundzügen beschreiben können,
2. Probleme, die sich aus dem Wahlsystem und dem Parlamentarismus Großbritanniens ergeben, erläutern können,
3. die Wirtschafts- und Sozialstruktur Großbritanniens anhand ausgewählter Statistiken beschreiben können,
4. Wirtschafts- und Sozialprobleme Großbritanniens und ihre Ursachen erläutern können,
5. Ansätze zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme diskutieren können.

Lerninhalte

zu 1:

Grundzüge des politischen Systems:

- Staatsform: konstitutionelle Erbmonarchie; Herrschaftsform: parlamentarische Demokratie; Organisationsform: administrativer Einheitsstaat
- "ungeschriebene" Verfassung: kein codifizierter Verfassungstext, Grundprinzipien: "rule of law" (Gesetzesbindung politischen und administrativen Handelns) und Parlamentssouveränität
- Stellung des Staatsoberhaupt: Staatsoberhaupt des Vereinigten Königreiches und von 16 Mitgliedsstaaten des Commonwealth, "Queen in Parliament" ("King in Parliament"), Eröffnung des Parlaments mit Thronrede ("Regierungserklärung"), Ernennung "ihrer" Regierung, Bischöfe, Richter Spitzen des Militärs, wöchentliche Vier-Augen-Gespräche mit Premierminister/in, Unterscheidung zwischen zeremoniellen Funktionen und tatsächlichem politischem Einfluß
- Regierung: meist als Kabinettsregierung bezeichnet (cabinet government), aber auch, abhängig vom jeweiligen Regierungsstil, als Premierministerregierung (prime ministerial government), so z.B. unter Margaret Thatcher
- Parlament: zwei Kammern: Oberhaus (House of Lords) und Unterhaus (House of Commons), eher Rede- als Arbeitsparlament, jeweilige Zusammensetzung und Funktion der beiden Kammern, Wahlsystem zum Unterhaus (relative Mehrheitswahl), Rolle der Opposition (Schattenkabinet)

zu 2:

Probleme, die sich aus dem Wahlsystem ergeben

z.B. aufgrund des relativen Mehrheitswahlrechtes (Sitzverteilung im Parlament entspricht nicht notwendigerweise dem Stimmenanteil bei den Wahlen), aufgrund der Nachwahlen (Reaktion der Wähler auf die Regierungspolitik), aufgrund des Zeitpunktes der Parlamentswahl (Regierung setzt den für sie günstigsten Termin fest)

Probleme, die sich aus dem Parlamentarismus Großbritanniens ergeben

z.B. aufgrund des Verhältnisses zwischen Regierung und Opposition (starke Stellung der Regierung, da sie die Tagesordnung des Unterhauses bestimmt und da sie - wegen fehlender spezialisierter Ausschüsse - vom Unterhaus nur eingeschränkt kontrolliert wird; weitgehend nur beratende Funktion des Unterhauses)

zu 3:

ausgewählte Statistiken

zu Bevölkerungsstruktur, Arbeitsmarkt (Erwerbsquote und Arbeitslosenquote differenziert nach Alter, Geschlecht und regionaler Verteilung), Preisniveau, industrielle Produktion, Landwirtschaft, Handelsbilanz

zu 4:

Probleme

z.B. Arbeitslosigkeit, Ausländerproblematik, Nord-Süd-Gefälle, veränderte Industriestruktur, ökologische Belastungen

Ursachen

z.B. geographische Ursachen: z.B. Ballungszentren (historische Wurzeln der Zentralisierung), Fehlen einer föderativen Struktur
wirtschaftspolitische Ursachen: z.B. Verstaatlichungstendenzen unter Labour-Regierungen, Privatisierungstendenzen unter konservativen Regierungen

zu 5:

z.B. Haltung der Regierung zu Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, Konjunktursteuerung, Europäisches Währungssystem, Europäische Sozialcharta

Didaktisch-methodische Hinweise

Am Anfang der Unterrichtseinheit sollte folgende Begriffsunterscheidung stehen: Vereinigtes Königreich (Großbritannien und Nordirland), Großbritannien (England, Wales, Schottland).

Als Ablauf der Unterrichtseinheit bietet sich an:

- "brainstorming", Klärung des Vorwissens der Schülerinnen und Schüler
- Entwicklung von Schlüsselfragen (z.B.: Ist Großbritannien eine Klassengesellschaft?)
- Sammlung und Sichtung von Materialien
- arbeitsteilige Gruppenarbeit zu einzelnen Aspekten
- Darstellung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland
- Überprüfung des Vorwissens, Abbau von Voreingenommenheiten, eigenständige und reflektierte Einschätzung

Für eine eigenständige Erarbeitung dieses Themenschwerpunktes sind bereits umfassende Grundlagen geschaffen worden, nämlich in Klassenstufe 11, Unterrichtseinheit II (Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland), in 12/1, Unterrichtseinheit II (Westeuropäische Integration), 12/2 (Politische Theorien und Ideologien) und 13/1, Unterrichtseinheit I, Thema 2 (Ökonomische Probleme). Für eine statistische Bestandsaufnahme bietet es sich zunächst an, folgende EG- bzw. EU-Daten gezielt zu Großbritannien auszuwerten: a. Europa in Zahlen, 1988; b. Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft, 25. Ausgabe; c. Europa 2000, Der Weg zur Europäischen Union, Januar 1993.

Hilfreich ist zum Einstieg auch das Themenheft Großbritannien, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1987 (= Informationen zur politischen Bildung Nr. 214). Der British Council (Köln) bietet ein umfassendes Angebot an Filmen, Videos, Kassetten und Diaserien (Medienliste kann dort angefordert werden).

Zu Lernziel 2 und Lerninhalt 2:

Hier bietet sich die Anbindung der Unterrichtseinheit an die Unterrichtseinheit I in 12/2 (Liberalismus) an.

Die vierzehntägig erscheinende Zeitung "World and Press" besteht aus Artikeln der britischen und amerikanischen Presse, wobei jeder Artikel mit Vokabelhilfen versehen ist. Weiterhin gibt es ein Themenheft "World and Press Special" mit dem Titel Business/economy.

Die englischsprachigen Materialien könnten sinnvollerweise von Schülerinnen und Schülern, die an einem Leistungskurs Englisch teilnehmen, bearbeitet und über Referate in den Unterricht eingebracht werden.

Literatur

1. deutschsprachig

- Fischer, Paul / Burwell, Geoffrey B.: Kleines Englandlexikon. München (Beck) 1988 (Becksche Reihe)
- Friebe, Isolde / Händel, Heinrich: Großbritannien. München (Beck) 1990 (Becksche Reihe)
- Sturm, Roland: Großbritannien. Leverkusen (Leske und Budrich) 1990
- Sturm, Roland: Haushaltspolitik in westlichen Demokratien. Baden-Baden (Nomos) 1989
- Länderbericht Großbritannien. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. 327

2. englischsprachig

- Sampson, Anthony: The Changing Anatomy of Britain. Coronet Books, Hodder and Stoughton London 1986 (wird regelmäßig neu bearbeitet)
- Central Office of Information: Britain, An Official Handbook. HMSO Publications Centre, London (erscheint jährlich neu überarbeitet, Bezug über British Council)
- World and Press. Hrsg. vom Eilers und Schünemann Verlag, Bremen (vierzehntägig erscheinende Zeitschrift, Bezug über den Verlag, Postfach 10 60 67, 28060 Bremen)
- World and Press Special Business and Economy. Hrsg. vom Eilers und Schünemann Verlag, Bremen (Themenheft, Bezug über den Verlag)

Adressen

Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
OP 4-4, L-2985 Luxemburg

British Council Zentrale, Hahnenstraße 6, 50667 Köln

Britische Zentrale für Fremdenverkehr, Taunusstraße 52, 60329 Frankfurt a.M.

British Bookshop GmbH, Börsenstraße 17, 60313 Frankfurt a.M.

Britische Botschaft, Friedrich Ebert Allee 77, 53113 Bonn

Britisches Generalkonsulat, Bockenheimer Landstraße 42, 60323 Frankfurt a.M.

British Chamber of Commerce in Germany, Heumarkt 14, 50667 Köln

Unterrichtseinheit II: Lektüre einer Ganzschrift

Zeitvorschlag: 15 Stunden

Welche Ganzschrift zu behandeln ist, wird jeweils durch das Bildungsministerium mitgeteilt. Gleichzeitig werden auch die von der LFK entwickelten Lernziele hierzu angegeben (vgl. Vorwort).



